

Ausgabe 6 | August 2019 | 6,50 Euro | www.recherche-dresden.de

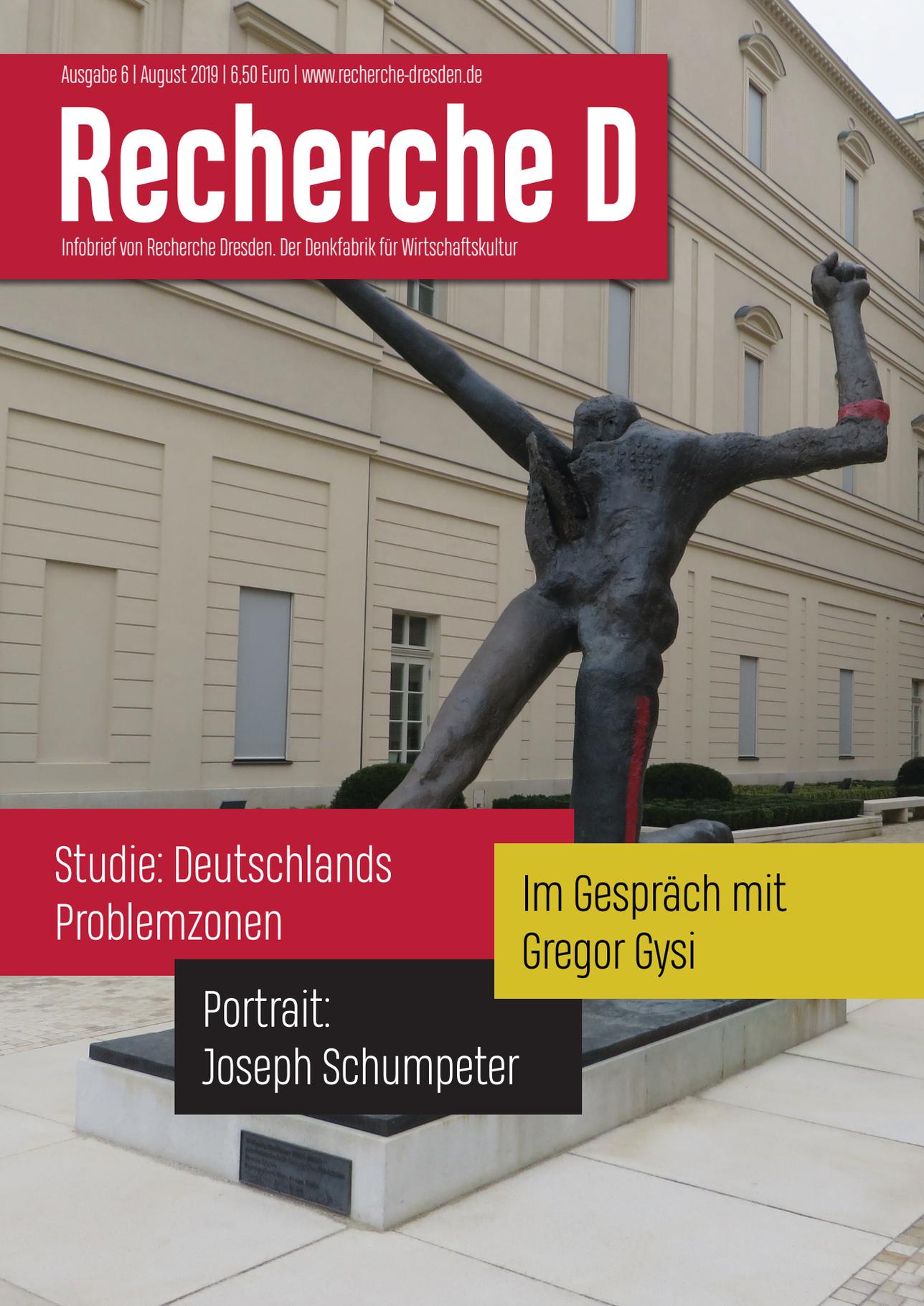
Recherche D

Infobrief von Recherche Dresden. Der Denkfabrik für Wirtschaftskultur

Studie: Deutschlands
Problemzonen

Im Gespräch mit
Gregor Gysi

Portrait:
Joseph Schumpeter



ZITAT

»Die Globalisierung ruft einen neuen Regionalismus hervor, der wiederum nur Stärke gewinnt, wenn globales Kapital ihm zu Hilfe kommt.«

Christoph Türcke: Heimat. Eine Rehabilitierung. Springe 2006.

Hayek-Verein Dresden e. V.

ANZEIGE

Warum es passiert



Interessiert es Sie, was in
Ihrem Portemonnaie abgeht?
Interessiert Sie Geldpolitik?
Kommen Sie zu unseren
Treffen, Diskussionen und
Vorträgen zum freien Denken!
Termine und Wissenswertes
auf hayek-verein-dresden.de

BEGINN

In aktuellen Umfragen zur Landtagswahl in Sachsen am 1. September 2019 liegen AfD und CDU in etwa gleichauf. Dahinter streiten sich Linkspartei und Grüne vermutlich um Platz drei. Die SPD taumelt dagegen in Richtung Fünfprozenthürde. Kommt es knüppeldick in den nächsten Wochen, fliegt sie aus dem ersten Landesparlament.

Zu diesem tiefgreifenden Wandel der Präferenzen konnte es nur kommen, weil die CDU nicht mehr konservativ ist und die SPD lieber Minderheiten vertritt, statt weiter als Partei der kleinen Leute zu fungieren. Die AfD hat die Chance, diese Leerstelle in der Mitte der Gesellschaft zu füllen, während die Grünen auf ein Programm setzen, das den Nationalstaat auflösen will und eine De-Industrialisierung in Kauf nimmt.

Für die AfD ist diese Ausgangslage ideal: Sie hat in den Grünen und der CDU zwei Gegner, an denen sie sich abarbeiten kann. Es reicht zudem aus, Positionen des gesunden Menschenverstandes zu verteidigen, um das Terrain der ehemaligen Volksparteien zu erobern. Solange sie sich darauf beschränkt, bleibt auch die Nazikeule wirkungslos.

In Regierungsverantwortung verwandeln sich die Vorteile dieser defensiven Strategie jedoch schnell in Nachteile. Unsere Denkfabrik besitzt deshalb den Ehrgeiz, zukunftsorientierte Konzepte für die patriotische Opposition zu entwickeln, die für die kommende Zeit der inhaltlichen Offensive gedacht sind.

Unsere neue Studie über Deutschlands »Problemzonen« beschreibt genau diesen Weg (S. 6-19). Sie schildert eine konkrete Möglichkeit, wie Bürger und Unternehmen im ländlichen Raum spürbar entlastet werden könnten, indem sie nur noch für die Infrastruktur zahlen müssen, die ihnen zur Verfügung steht.

Vielleicht hört sich das zunächst wenig spektakulär an. Aber wir sind sicher, daß sich nur so die geographische Spaltung überwinden läßt und unsere Idee zugleich das ganze Gerede der Bundesregierung über den Strukturwandel, den sie mit zig Milliarden Euro erzwingen will, überflüssig macht.



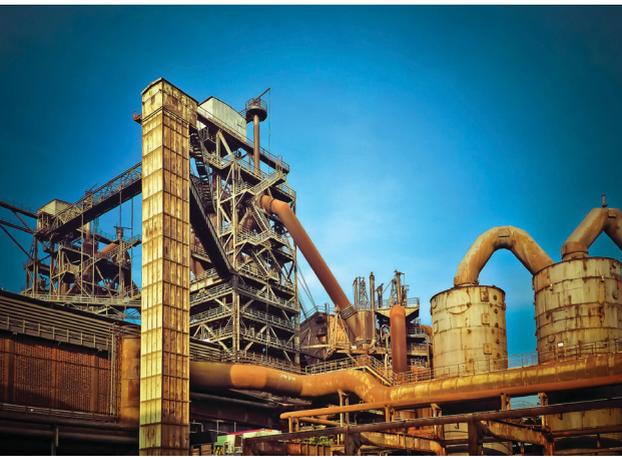
Felix Menzel, Publizist und Berater

Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads "Felix Menzel". The signature is written in a cursive, slightly stylized font.

INHALT

Nation



Gregor Gysi (Die Linke) | Bildquelle: Ralf Roletschek, CC BY 3.0



Studie: Deutschlands Problemzonen **6**

1. Indikatoren für schwache Gebiete **8**
2. Sonderwirtschaftszonen **11**
3. Die Abschöpfung der Agglomerationsgewinne **14**
4. Steuerrabatte für Landeier **16**

Im Gespräch mit Gregor Gysi **20**

- AfD-Gehaltsrechner:
Zu kurz gesprungen **22**
- Generation Greta **25**
- Literatur **54**
- FAQ und Impressum **55**

Fundament

Was sind eigentlich Werte? **23**



Gemeinschaft zählt auch was **26**

Der Cantillon-Effekt **30**

Kardinalfehler der EU **33**

Worum geht es beim Brexit? **34**

Nigel Farage, Vorsitzender der Brexit-Partei

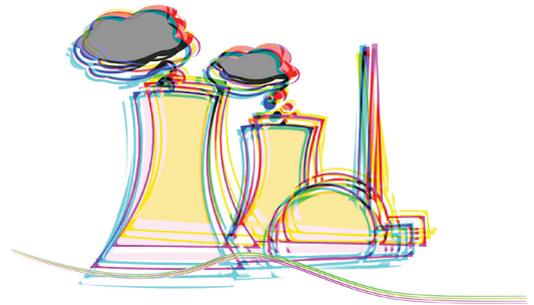
Quelle: Gage Skidmore, CC BY-SA 2.0



Betrieb

Die Meisterpflicht im deutschen Handwerk **36**

Atomkraft bietet wahrhaft grüne Energie **42**



Schumpeter und die schöpferische Zerstörung **48**

Plattformökonomie **51**



Sieben Thesen für eine ökologische Wende **52**

Studie

Deutschlands »Problemzonen«

Die Globalisierung hat Leuchttürme und abgehängte Peripherien hervorgebracht. Das gilt sowohl im globalen Maßstab, auf europäischer Ebene als auch innerhalb von Deutschland. Alle Bemühungen, dies zu ändern, waren dabei bisher wenig erfolgreich. Unter anderem der Ökonom Paul Collier hat nachgewiesen, daß die unterste Milliarde der Weltbevölkerung trotz Entwicklungshilfe immer weiter zurückfällt. Er führt dies auf einen »abnehmenden Ertragszuwachs«¹ der Fördermaßnahmen zurück: »die erste Million Dollar ist produktiver als die zweite, und so weiter«. Übersteige die Entwicklungshilfe irgendwann etwa 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, sei sie »mehr oder weniger wirkungslos«².

Ähnlich sieht es in Europa aus: Von Großbritannien über die Benelux-Staaten und Deutschland bis nach Norditalien gibt es eine »Blaue Banane«³ des Wohlstands, an dem rund 111 Millionen Menschen partizipieren können. Jenseits dieses Korridors hinkt die Wirtschaft hinterher. Besonders dramatisch ist die Lage in Südeuropa. In Griechenland liegt die Jugendarbeitslosigkeit noch immer bei 39,7 Prozent, in Spanien bei 33,7 % und in Italien bei 30,2 %.⁴

Alle Transfers vom reichen Norden in den armen Süden, mit denen eine Linderung der Misere erreicht werden sollte, waren damit weitestgehend vergebens. Viel eher ist zu befürchten, daß die expansive Geldpolitik der Europäischen Zen-

tralbank langfristig schwere Schäden anrichten dürfte.

In Deutschland mißglückte ebenfalls der Versuch, die Mißwirtschaft der DDR mit Hilfe von 1,2 Billionen Euro⁵ schnell in »blühende Landschaften« (Helmut Kohl) zu transformieren. Der Disparitätenbericht 2019 der Friedrich-Ebert-Stiftung sieht so die ländlich geprägten Räume Ostdeutschlands weiter »in der dauerhaften Strukturkrise«⁶. Prosperierend zeigen sich lediglich die Großstädte der Neuen Bundesländer, womit der Gegensatz von Zentrum und Peripherie auch in jeder einzelnen Region zu beobachten ist.

Studien wie den Disparitätenbericht nutzen viele Medien, um von einer anwachsenden Ungleichheit zu schreiben.⁷ In **Recherche D, Heft 5**, hat Florian Müller bereits erläutert, warum solche Messungen mit Vorsicht zu genießen sind. In der Peripherie nützt es den Bürgern nichts, wenn die Städte verarmen, nur um »Gleichheit« herzustellen. »Gleich arme« Verhältnisse zu bewirken, darf nicht das Ziel einer Regionalentwicklung sein.⁸ Ebenso halten wir es für kontraproduktiv, eine Einkommens- oder Vermögensgleichheit anzustreben. Leistung muß sich lohnen, sonst entfallen die Anreize, sie zu erbringen.

Unter dieser Prämisse sollten alle Möglichkeiten geprüft werden, wie der ländliche Raum, insbesondere in Ostdeutschland, gestärkt werden kann. Zu einer dringenden Herausforderung



wird dies durch den von der Bundesregierung geplanten Kohleausstieg bereits im Jahr 2038, der mit der Lausitz ausgerechnet eine Region trifft, die ohnehin einkommens- und strukturschwach ist. Fragwürdig erscheint dieser Kohleausstieg, da gegenwärtig völlig unklar ist, wie die Erneuerbaren Energien für Netzstabilität sorgen sollen. Vertreter der deutschen Metallindustrie beobachten schon heute einen »stetigen Anstieg an Stresssituationen im Netz«. Schwankungen »im Millisekundenbereich« reichten, um hochempfindliche Maschinen zu schädigen. Komme es zu längeren Stromausfällen, drohten irreparable Folgen.⁹

Daß sich die Strompreise seit der Jahrtausendwende in Folge eines massiven Anstiegs der Abgabenlast verdoppelt haben, sollte ebenso Berücksichtigung bei der Bewertung der Energiewende finden.¹⁰

Der Kohleausstieg ist damit ein waghalsiges Experiment, das im besten Fall durch einen unerwartet schnellen, technologischen Fortschritt bei Erneuerbaren Energien gelingt, im schlimmsten Fall jedoch zur Deindustrialisierung Deutschlands führen könnte.

Abgesehen von diesen Befürchtungen entstehen noch weitere Kosten: Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE) hat vorgerechnet, daß sieben Milliarden Euro für die Braunkohle-Beschäftigten einzuplanen sind, da man diese wohl mangels Alternativen vielfach mit 55 Jahren in Rente schicken müßte.¹¹ Ob ein Land, das über einen Fachkräftemangel klagt, sich einen solchen Luxus leisten sollte, bezweifeln wir sehr stark.

Darüber hinaus schlug die Kohlekommission Hilfen in Höhe von 40 Milliarden Euro für die vom Ausstieg betroffenen Bundesländer vor. Der Freistaat Sachsen will damit vor allem die Infrastruktur ausbauen, Forschungsinstitute ansiedeln und schnelles Internet ermöglichen.¹² Diese Maßnahmen setzen bei schon länger bekannten Versäumnissen an. Sie sind – isoliert betrachtet – richtig, garantieren aber weder einen selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung noch ausreichenden Ersatz für die Arbeitsplätze in der Braunkohle.

Im größeren Kontext ergibt sich hingegen ein differenzierteres Bild: Die Energiewende hat eine

Interventionsspirale¹³ ausgelöst. Die Milliardenhilfen, um den Strukturwandel zu meistern, stellen einen wirtschaftspolitischen Eingriff dar, der zur Eindämmung der ungewollten Nebenwirkungen dieser Energiewende notwendig geworden ist. Zu bedenken ist dabei, daß jede einzelne Fördermaßnahme einen immensen Bürokratieaufwand sowohl beim Staat als auch den Unternehmen, die sich um Gelder bewerben, verursacht. Bleibt der Erfolg trotzdem aus, werden als dritter Schritt der Interventionsspirale exorbitante Sozialausgaben fällig, vor denen die IG BCE völlig zu Recht warnt und die beim »Aufbau Ost« 45 Prozent des gesamten Transfervolumens¹⁴ ausmachen, womit sie die Wirtschaftsförderung und den Infrastrukturausbau um mehr als das Doppelte übertrafen.

Aufgrund dieser Erfahrungswerte und Befürchtungen benutzt die Bundesregierung zum Strukturwandel und zur Stärkung des ländlichen Raums aus unserer Sicht den falschen Hebel. Um eine bessere Strategie zu konzipieren, beschäftigen wir uns in dieser Studie zum einen mit Sonderwirtschaftszonen und zum anderen mit der Abschöpfung von Agglomerationsgewinnen. Un-

ser Ziel ist es, die Vorteile dieser zwei Ansätze zu koppeln, die jeweiligen Nachteile abzufedern und ein Steuersystem zu skizzieren, das Bürger und Unternehmen nur so stark belastet, wie es sich durch die tatsächlich erbrachten staatlichen Leistungen an ihrem Wohnort bzw. Firmensitz auch rechtfertigen läßt.

1. Indikatoren für »schwache Gebiete«

Woran erkennt man Deutschlands »Problemzonen« in wirtschaftlicher Hinsicht? Naheliegender ist zunächst, sich das Bruttoinlandsprodukt aller Landkreise anzuschauen. Dabei wird ein deutliches Ost-West-Gefälle auffallen. Aber selbst im wirtschaftsstarken Bayern gibt es – gemessen an den produzierten Waren und Dienstleistungen – schwächere Regionen.¹⁵ Als weiterer Indikator drängt sich unter konventionellen Gesichtspunkten ein Blick auf die Löhne und Gehälter auf. Neben dem Ost-West-Gefälle ist hier zusätzlich ein Nord-Süd-Gefälle zu erkennen. In Hessen, Baden-Württemberg und Bayern können im Durchschnitt die höchsten Löhne erzielt werden.¹⁶ Wie bereits in der Einleitung angedeutet, verleiten solche ergebnisorientierten Analysen zu



der Forderung nach Umverteilungen, die eine gesamtdeutsche Gleichheit bewerkstelligen sollen. Unberücksichtigt bleiben hier hingegen die Voraussetzungen der Wirtschaftstätigkeit der Bürger und Unternehmen, die der Staat beeinflussen kann.

Wir möchten deshalb vorschlagen, »schwache Gebiete« und »Problemzonen« anhand der Infrastruktur zu identifizieren. Als Indikatoren bieten sich an:

- Die Erreichbarkeit von Grundschulen
- Die Entfernung zur nächsten Polizeidienststelle
- Die Nähe zu großen Zentren
- Die Einbindung ins Verkehrsnetz (Autobahnen, Bahn, ÖPNV, Flughäfen)
- Die Breitband-Versorgung (schnelles Internet)
- Die Hausarzt-Dichte

Sich mit den Voraussetzungen statt Endergebnissen zu befassen, hat den Vorzug, sogleich Ansatzpunkte politischer Maßnahmen entwickeln und das staatliche Angebot für die Bürger bewerten zu können. Marktwirtschaftlich gedacht, wäre es gerecht, wenn Bürger und Unternehmen, denen nur eine schlechte Infrastruktur vom Staat zur Verfügung gestellt wird, weniger Steuern bezahlen müssten, als jene in Großstädten, die von einer gut ausgebauten Infrastruktur ökonomisch profitieren und somit Agglomerationsgewinne erzielen, die das Resultat hervorragender Bedingungen und nicht des individuellen Geschicks sind. Eine solche Reform des Steuersystems korrespondierte mit signifikanten finanziellen Anreizen für Städter, ins Umland zu ziehen, und würde den Staat anspornen, sich dem im Grundgesetz in Artikel 72 verankerten Ziel »gleichwertiger Lebensverhältnisse« mit konkreten Maßnahmen anzunähern.

Trotz des Verfassungsrangs ist dieses Ziel jedoch keineswegs selbstverständlich. Der Ökonom Reint Gropp vom Institut für Wirtschaftsforschung in Halle spricht sich z.B. dafür aus, »digitale Infrastruktur für junge Dienstleister in Ballungsräumen statt lebenserhaltender Maßnahmen für alte Industrie auf dem Land« zu schaffen,

wie die Tageszeitung *Welt* resümiert.¹⁷ Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland anzustreben, habe Gropp zufolge »in die Irre geführt«. Man solle aufhören, im Osten »auf Teufel komm raus Arbeitsplätze zu erhalten«.

Bemerkenswerterweise kommt das Institut für Wirtschaftsforschung zu diesem Befund auf Grundlage einer Analyse der Produktivität in Ost und West¹⁸, der Einkommensunterschiede im Land¹⁹, der Durchschnittslöhne²⁰ und anderer rein ergebnisorientierter Indikatoren. Die Forscher schlußfolgern dabei, es ergebe keinen Sinn, in den unproduktiven Osten zu investieren. Die Frage, welche Gründe den Rückstand verursachten, stellen sie aber nur hinsichtlich der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die in Ostdeutschland bis 2060 schneller sinken dürfte als in Westdeutschland, was freilich ein Problem darstellt.²¹ Frappierend ist damit, daß sich sowohl die Befürworter einer weitestgehenden Einkommensgleichheit in Ost und West wie etwa die Friedrich-Ebert-Stiftung als auch die Gegner dieser utopischen Politik wie etwa das Institut für Wirtschaftsforschung hauptsächlich auf die Auswertung von bekannten Disparitäten im Endergebnis konzentrieren. Beide vernachlässigen die Voraussetzungen²² und finden deshalb zu falschen Politikempfehlungen.

Im Folgenden sollen nun diese Voraussetzungen anhand der genannten Infrastruktur-Indikatoren analysiert werden. Hauptsächlich geschieht dies auf der Basis der öffentlich zugänglichen Daten des »Landatlas«, die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft anschaulich veröffentlicht wurden.

Die Erreichbarkeit von Grundschulen

In weiten Teilen Baden-Württembergs ist die nächste Grundschule in weniger als drei bis vier PKW-Minuten gelegen. Ähnlich gute Werte kann das südliche Hessen und östliche Nordrhein-Westfalen vorweisen. In Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und dem nördlichen Teil Sachsen-Anhalts sind Grundschulen dagegen sehr schlecht zu erreichen. Hier sind in einzelnen Landkreisen im Schnitt Wege von bis zu neun bis zehn PKW-Minuten zu absolvieren. Dieser eklatante Unterschied wirkt

sich nicht nur auf die Attraktivität der Wohnorte aus, sondern beeinflusst unter Umständen auch das Budget an freier Zeit der Eltern. Insgesamt betrachtet, sind die Wege zu Grundschulen in Ostdeutschland deutlich länger als im Westen.

Die Entfernung zur nächsten Polizeidienststelle

Neben Bildung ist vor allem Sicherheit eine Voraussetzung wirtschaftlichen Erfolgs. Betriebe in Grenznähe klagen häufig über exorbitante Kriminalität. Dies betrifft insbesondere die Grenze zu Polen. Es wäre also folgerichtig, darauf mit einer erhöhten Polizeipräsenz zu reagieren, um Bürger und Unternehmen zu schützen, aber in Deutschland ist genau das Gegenteil der Fall.

Abgesehen von Frankfurt (Oder) haben es die Brandenburger am weitesten bis zur nächsten Polizeidienststelle. Fast flächendeckend liegt der Wert bei über elf PKW-Minuten. Bei dieser Statistik werden auch innerhalb von Bundesländern erhebliche Unterschiede sichtbar. So gibt es ein ins Auge stechendes Gefälle zwischen Ost- und Westsachsen. Im Raum um Leipzig ist schnellere Hilfe von der Polizei zu erwarten als in den Landkreisen Bautzen, Görlitz und Sächsische Schweiz, die jedoch jeweils eine lange Außengrenze haben. Insgesamt ist der Nordwesten Deutschlands (Schleswig-Holstein, Niedersachsen, NRW) sowie Baden-Württemberg am besten mit Polizeidienststellen ausgestattet.

Die Nähe zu großen Zentren

Die Nähe zu großen Zentren, die Behörden, Einkaufsmöglichkeiten, Märkte und Verkehrsanlüsse bieten, ist nur zum Teil eine Aufgabe des Staates, aber trotzdem essentiell für fast alle Unternehmen. Es läßt sich hier bundesweit jedoch keine eindeutige Struktur erkennen, aus der sich Handlungsempfehlungen ableiten ließen.

Auffällig ist hingegen folgendes: Selbst Landkreise mit einer sehr schlechten Erreichbarkeit großer Zentren finden sich zum Teil in der Kategorie der Landkreise wieder, die das höchste Bruttoinlandsprodukt erzielen. Dies trifft etwa auf den Hohenlohekreis und Donau-Ries zu. Laut Eigenauskunft ist der Hohenlohekreis sogar gemessen an der Bevölkerung jener mit der höchsten Dichte an Weltmarktführern.

Die Einbindung ins Verkehrsnetz (Autobahnen, Bahn, ÖPNV, Flughäfen)

Die kürzesten Wege zu Bus und Bahn bieten die Flächenländer Hessen, das Saarland und NRW. Mecklenburg-Vorpommern ist abgeschlagenes Schlußlicht in dieser Statistik. Die anderen Neuen Bundesländer landen im Mittelfeld. Betrachtet man die Summe der Abfahrten an Haltestellen des öffentlichen Verkehrs je 1.000 Einwohner läßt sich ebenfalls keine Benachteiligung des Ostens feststellen.²³ Eine Diskrepanz herrscht lediglich generell zwischen Großstädten und ländlichen Regionen hinsichtlich der Haltestellen- und Abfahrtdichte. Dennoch liegt für 70 Millionen der Deutschen (88 Prozent) eine Haltestelle in zumutbarer Entfernung.

Dies läßt für unsere Fragestellung bezüglich strukturschwacher Regionen die Schlußfolgerung zu, daß die ökonomische Transformation allein über den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nicht gelingen dürfte.

Die Breitband-Versorgung

Der Disparitätenbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung gibt die Breitband-Versorgung in den Neuen Bundesländern, die als »ländlich geprägte Räume in der dauerhaften Strukturkrise« bezeichnet werden, mit 59 Prozent an.²⁴ Dies ist mit Abstand der schlechteste Wert aller verglichenen Regionen. Das starke Umland von Groß- und Mittelstädten ist deutlich besser an das schnelle Internet angebunden (82,3 %). Dies darf jedoch nicht als Allheilmittel angepriesen werden, denn die ökonomisch schwachen, »städtisch geprägten Regionen im andauernden Strukturwandel«, die sich hauptsächlich in NRW und dem Saarland finden, verfügen zu 93,1 Prozent über Breitbandanschlüsse.

Hausarzt-Dichte

Die Hausarzt-Dichte ist als ein weicher Standortfaktor zu charakterisieren. Bei einer älter werdenden Gesellschaft dürfte er an ökonomischer Bedeutung gewinnen – insbesondere dann, wenn einzelne Regionen aufgrund eines Ärztemangels an Attraktivität verlieren. Der Disparitätenbericht sieht bei der Erreichbarkeit von Hausärzten Probleme auf die ländlich geprägten Räume Ost-

deutschlands sowie die bisherige »solide Mitte« zukommen. Aus dem »Landatlas« läßt sich jedoch kein eindeutiges Muster ablesen. In Brandenburg ist die Ärztedichte sehr gering, während Sachsen einen Mittelfeldplatz einnimmt und Mecklenburg-Vorpommern – gemessen an der geringen Bevölkerung – sogar über verhältnismäßig viele Ärzte verfügt.

Zusammenfassung

Wenn sich Politiker wie der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hinstellen und suggerieren, mit einer ICE-Strecke von Görlitz über Weißwasser nach Berlin ließen sich die Probleme des Strukturwandels beheben, so setzen sie anscheinend völlig falsche Prioritäten. Zwar ist es richtig, die Infrastruktur des Ostens sukzessive zu verbessern, nur dürfte diese Strategie nicht als entscheidender Hebel für einen wirtschaftlichen Aufschwung taugen.

Viel größerer Nachholbedarf als bei der Verkehrsinfrastruktur besteht im Osten bei den Schulen, der Sicherheit und beim schnellen Internet (Breitband). Die Bewältigung dieser Problembereiche ist eine Grundvoraussetzung dafür, daß Familien sich dafür entscheiden, die überlasteten Großstädte zu verlassen und ins Umland zu ziehen. Um dies zu unterstützen, schwebt uns ein Steuermodell vor, bei dem der Bürger nur dafür zahlen muß, was er auch tatsächlich geboten bekommt. Bürger und Unternehmen im ländlichen Raum würden so spürbar entlastet werden, weil sie Steuerrabatte erhalten würden, wenn die nächste Grundschule sehr weit entfernt ist, noch kein schnelles Internet vorhanden ist, das ÖPNV-Netz lückenhaft sein sollte et cetera. Keine Rabatte darf es hingegen für fehlende Sicherheit geben. Der Staat muß sein Gewaltmonopol flächendeckend durchsetzen und dazu insbesondere seine Anstrengungen in den Grenzgebieten zu Polen verstärken.

2. Sonderwirtschaftszonen für schwache Gebiete?

Eine rein ergebnisorientierte Betrachtung der Wirtschaftskraft Deutschlands wird vermutlich schnell zu der Forderung verleiten, die ländlichen Regionen der Neuen Bundesländer bräuchten

besondere Maßnahmen, um die dortigen ökonomischen Verhältnisse an den Rest des Landes anzugleichen. Ein mögliches Instrument könnten dabei Sonderwirtschaftszonen sein, die seit Jahrzehnten diskutiert und gegenwärtig von vielen CDU- und AfD-Vertretern favorisiert werden. Dies gilt speziell für Regionen wie die Lausitz, die einerseits vom Kohleausstieg betroffen sind und andererseits selbst mit der Braunkohle zu den schwächeren Wirtschaftsregionen Deutschlands zählen.

Der Begriff der Sonderwirtschaftszone ist dabei keineswegs einheitlich definiert. Klaus-Heiner Röhl vom Institut der deutschen Wirtschaft hat deshalb eine Typologie der Sonderwirtschaftszonen erstellt, die Zollfreigebiete/Freihafen, Gebiete mit steuer- oder zollfreiem Verkauf, Exportförderzonen, Steuer Sonderzonen, deregulierte Zonen mit Aussetzung nationaler Bestimmungen, sektorale Sonderzonen und Zonen

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU):
»Die Lausitz wird eine Sonderwirtschaftszone mit dem Geld (für den Kohleausstieg), mit dem Planungsbeschleunigungsrecht, mit Behörden, die in der Lausitz angesiedelt werden. Das ist für uns doch toll. Jetzt müssen wir nur noch daraus etwas machen.« Bildquelle: Pawel

Sosnowski / Sächsische Staatskanzlei, CC BY-SA 4.0



12 | Nation

freier Wirtschaftsaktivität als mögliche, konkrete Ausprägungsformen benennt.²⁵ Ferner betont er: »In den meisten Fällen sollen hier ausländischen Unternehmen günstige Investitionsbedingungen geschaffen werden, da die inländische Kapitalbildung unzureichend ist.«²⁶

Sehr erfolgreich setzte dies Irland Ende des 20. Jahrhunderts um. Innerhalb von rund 15 Jahren siedelten sich über 570 amerikanische Unternehmen, vorrangig aus innovativen Branchen wie IT und Luftfahrt, auf der »grünen Insel« an, die 90.000 Arbeitsplätze schufen. Neben Englisch als gemeinsamer Sprache spielte dabei die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften und Steuerentlastungen der Regierung eine entscheidende Rolle.²⁷

Ebenfalls gute Erfahrungen machte Polen mit Sonderwirtschaftszonen. 1994 wurden davon gleich 17 eingerichtet. Es gelang so, multinationale Konzerne wie Toyota, General Electric und Henkel zu gewinnen, die von den Steuervorteilen profitieren wollten. Die Effektivsteuerbelastung dürfte in Polen etwa halb so hoch wie in Deutschland sein. Sowohl Irland als auch Polen haben das

Ziel, primär strukturschwache Regionen zu fördern, jedoch mit der Zeit aus den Augen verloren und eher ihr gesamtes Staatsgebiet in eine investitionsfreundliche Sonderwirtschaftszone transformiert, betont Röhl.

In vielen anderen Ländern wie Großbritannien, Kolumbien, Kenia, Nigeria, Sri Lanka, Indien und Ägypten blieben die gewünschten Effekte durch die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen dagegen aus. Als untauglich erwies es sich, »auf der grünen Wiese« explizit zur Stärkung peripherer Räume große Industrieunternehmen anzusiedeln. Dieser Ansatz scheiterte an der geringen regionalen Verflechtung mit anderen Betrieben, fehlender Qualifikationen der vor Ort lebenden Menschen und unzureichender Infrastruktur.²⁸

Es bleibt deshalb für die Problematik des Strukturwandels und der spezifischen Herausforderungen in Ostdeutschland festzuhalten: Sonderwirtschaftszonen dürften hier nur ein geeignetes Instrument sein, wenn vorher Klarheit über die Zielgruppe besteht. Weder die Regierung noch die Opposition konnten bisher aber erklären, welche wachstumsstarken Branchen und welche

Kann der Staat die schöpferische Zerstörung, die dem Wirtschaftsprozeß innewohnt, klug steuern oder ist das vergebene Liebesmüh?



Nur neun Prozent der Transferleistungen für den Aufbau Ost kamen der Wirtschaftsförderung zugute.

Unternehmen aus jeweils welchen Herkunftsregionen sie im Blick haben.

Nach der Wende hat es Deutschland verpaßt, zumindest einige Konzerne aus dem Westen davon zu überzeugen, sich schwerpunktmäßig in Ostdeutschland zu engagieren. 2015 rechnete das *Manager Magazin* vor, daß von den 500 umsatzstärksten Unternehmen mehr in Hamburg (36) sitzen als in allen Neuen Bundesländern zusammen (34).²⁹ Ob man dies mit entsprechenden Steueranreizen anders hätte lenken können, bleibt Spekulation. Höchst fragwürdig ist aber, ob 30 Jahre nach der Wende noch die Chance besteht, deutsche Großunternehmen zum Umdenken zu bewegen. Wir sind der Ansicht, dies ist ein aussichtsloses Unterfangen.

Wer sich Sonderwirtschaftszonen für Ostdeutschland wünscht, muß also wohl oder übel ausländische Unternehmen begeistern, die ein Interesse daran haben, sich in Europa zu etablieren und die auf das in Deutschland vorhandene Knowhow angewiesen sind. Die Debatte über Firmenübernahmen durch Chinesen zeigt jedoch, daß diese Strategie mit weitreichenden Gefahren für die öffentliche Ordnung verbunden ist, wenn ausländische Unternehmen »kritische Infrastruktur« der Energie-, Telekommunikationsbranche oder von Banken, Krankenhäusern und Flughäfen aufkaufen.³⁰ In jedem Fall paßt es nicht zusammen, auf der einen Seite die Außenwirtschaftsverordnung zu verschärfen und auf der anderen Seite Sonderwirtschaftszonen zu fordern. Es handelt sich dann um eine inkonsistente Wirtschaftspolitik.

Insgesamt ist damit ein vielschichtiges Urteil über den Sinn und Nutzen von Sonderwirtschaftszonen von Nöten: Wenn sie im Rahmen einer Strategie eingesetzt werden, deren Ziel es ist, generell Steuern zu senken und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, dann hat sie

durchaus ihre Berechtigung. Sonderwirtschaftszonen könnten ein Instrument darstellen, um verkrustete Strukturen aufzubrechen. Wie dringend nötig dies ist, illustrierte jüngst Kai Lucks in der *Welt*. In seiner Kolumne kritisiert er: »Deutschland verkommt zum Verwalterstaat. Der Aufbau von Behördenkapazitäten schreitet weiter voran. Noch nie wurden so viele Gesetze und Vorschriften erlassen wie in den vergangenen fünf Jahren. Deutschland ist Weltmeister in der Länge von Genehmigungsprozessen.« Ändere sich daran nichts, wachse das »Implosionsrisiko«.³¹

Statt unbedingt neue Unternehmen anzuwerben, empfiehlt es sich deshalb mehr, über die Verteidigung alter Bastionen nachzudenken und Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß zukunftsfähige Branchen durch eigene Innovationen den der Wirtschaft beständig innewohnenden Strukturwandel aus eigener Kraft bewältigen. Joseph Schumpeter sprach in diesem Zusammenhang von »schöpferischer Zerstörung«. Um es vorsichtig auszudrücken, dürften Politiker aber enorme Schwierigkeiten haben, den disruptiven Verlauf des technischen Fortschritts korrekt zu antizipieren. Massive Fehlinvestitionen sind damit vorprogrammiert. Im Sinne von Friedrich List³² sollte sich eine Sonderwirtschaftszone³³ daher darauf konzentrieren, jungen Industrien in ihrem frühen Entwicklungsstadium Schutz zu bieten, um nicht von etablierten Weltmarktführern und größeren Unternehmen im Keim erstickt zu werden.

Hinzu kommt, daß Deutschlands Bevölkerung schrumpft und deshalb keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Im Gegenteil: Der Versuch, eine Übervollbeschäftigung herzustellen, kann sich in der nächsten Rezession verheerend auswirken. Insofern sind Sonderwirtschaftszonen als Instrument zurückhaltend zu gebrauchen. Gegen ihre Einrichtung spricht auch,

daß Steuersenkungen in strukturschwachen Regionen einen Unterbietungswettbewerb auslösen können, den Deutschland – realistisch betrachtet – verlieren dürfte.

Eine direkte Subventionierung von Industrieanlagen in Sonderwirtschaftszonen lehnten in einer ifo-Befragung 55 Prozent (36 %: Ja) der darauf antwortenden Ökonomie-Professoren in Deutschland ab.³⁴ Generell ist die Befürchtung groß, daß über einen Strukturwandel 2.0 die seit der Wende gezahlten zwei Billionen Euro an Transfers in den Osten ohne Sinn und Verstand fortgesetzt werden. In der ersten Phase des »Aufbau Ost« bis 2003 wurden 45 Prozent der Transferleistungen zur sozialen Absicherung eingesetzt, 13 Prozent für die Infrastruktur und nur neun Prozent für die tatsächliche Wirtschaftsförderung. Die getroffenen Maßnahmen waren damit im großen und ganzen ineffektiv. In Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen flossen z.B. 120 Mrd. Euro. Statistisch betrachtet verlängerten sie jedoch die Dauer der Arbeitslosigkeit, statt die Betroffenen schneller zu vermitteln.³⁵

3. Die Abschöpfung der Agglomerationsgewinne

Implizit geht das Modell der Sonderwirtschaftszone davon aus, daß ländliche Regionen ökonomisch insgesamt deutlich schwächer sind als Metropolen und deshalb eine besondere Förderung erfahren müssen. Diese Sicht ignoriert allerdings die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten, die in Städten deutlich höher sind als auf dem Land. Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft beträgt so die Einkommensarmut mit Preisbereinigung (Kaufkraftarmut) in der Stadt durchschnittlich 21,6 Prozent und auf dem Land lediglich 13,7 Prozent. Neben niedrigeren Preisen trägt auch die Zusammensetzung der Bevölkerung dazu bei. In Städten leben überproportional viele Arbeitslose, Migrant*innen, Alleinstehende und Alleinerziehende.

Ein Blick nach Sachsen ist hier sehr aufschlußreich: In den Landkreisen Zwickau, Erzgebirge und Vogtland ist eine relative Kaufkraftarmut von 12,3 Prozent zu verzeichnen. Ebenfalls sehr gering ist sie in den Landkreisen Meißen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (jeweils 13,1 %). Leipzig führt diese Statistik hingegen mit 23 Prozent vor Dresden mit 17,8 Prozent an.³⁶ Es wäre

deshalb unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten falsch und bei einkommensschwachen Schichten auch unmöglich, Städter generell steuerlich stärker zu belasten als Bewohner in ländlichen Regionen. Dieses Problem nicht zu lösen, kann als ein weiterer Makel des Modells der Sonderwirtschaftszone angesehen werden.

Wir möchten deshalb ein zweites Konzept in die Diskussion einführen, das Oxford-Ökonom Paul Collier in seinem Buch *Sozialer Kapitalismus! Mein Manifest gegen den Zerfall unserer Gesellschaft*³⁷ (2019) im Kapitel über die »geografische Spaltung« skizziert hat. Er verweist zunächst darauf, daß bis ca. zum Jahr 1980 die Einkommensunterschiede zwischen Regionen abnahmen. Wir haben es ihm zufolge bei der Kluft zwischen Stadt und Land daher mit einem verhältnismäßig jungen Phänomen zu tun.³⁸ Der Bedeutungsverlust der klassischen Familie mit mehreren Kindern dürfte der wesentlichste Grund dafür sein. Er führt dazu, daß in den Metropolen »hochqualifizierte Singles, die keinen großen Wohnraumbedarf haben«, die meisten »Agglomerationsgewinne« einstreichen. Gemeint sind damit jene Vorteile, die durch »vergangene Investitionen in die Infrastruktur« entstanden und »ihrem Wesen nach kollektiv produziert« werden.³⁹ Straßenbahnen, Flughäfen, schnelles Internet, aber auch die Nähe zu Universitäten und staatlich finanzierten Forschungseinrichtungen zählen hier dazu. Sie lösen in den Großstädten eine erhöhte Arbeitsproduktivität aus, die nicht vollständig dem einzelnen Individuum zugeschrieben werden dürfe. Schließlich erreicht es nur deshalb eine weit überdurchschnittliche Produktivität, weil dies die exzellenten Rahmenbedingungen ermöglichen.

Collier fragt nun danach, wie sich diese Gewinne »unter praktischen Gesichtspunkten besteuern«⁴⁰ lassen. Wird dabei nur an die Vermieter gedacht, bewirkt dies – vermutlich ungewollt – eine Benachteiligung von Familien in Städten mit einem großen Wohnraumbedarf. Genau diese Situation läßt sich auch in Deutschland und zwar selbst in den Neuen Bundesländern beobachten. Als Lösung dieses Dilemmas schlägt Collier vor: »Steuersätze müssen nicht nur, wie gegenwärtig, nach Einkommen differenziert werden, sondern nach Einkommen und Wohnsitz: Wer ein hohes

Einkommen und einen Wohnsitz in der Metropole hat, muss höher besteuert werden als jemand mit hohem Einkommen, der auf dem Land lebt.«⁴¹

Man könnte folglich von einer »Großstadt-Steuer für Reiche« sprechen. Die darüber erzielten Einnahmen des Staates sollten nach Colliers Vorstellungen landesweit verwendet werden, um Infrastrukturmängel zu beseitigen. Wichtig ist ihm ausdrücklich, daß sie »nicht der Finanzierung von Sozialleistungen« dienen, sondern in abgehangten Städten⁴² und Regionen zur »Deckung der Kosten für ihre Wiederherstellung als Cluster produktiver Arbeit« investiert werden. Die Einrichtung von Entwicklungsbanken sei dabei ein probates Mittel, mit der erhobenen Steuer »die Wirtschaft in Provinzstädten wiederzubeleben«.

Im Vergleich mit Sonderwirtschaftszonen hat die von Collier skizzierte Abschöpfung der Agglomerationsgewinne mehrere Vorzüge:

- Bürger und Unternehmen bezahlen Steuern entsprechend der Leistungen, die sie vom Staat angeboten bekommen.
- Es wurde ein kluger Mechanismus entwickelt, um Mittel für die Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum zu generieren.
- Es entsteht kaum zusätzliche Bürokratie, da der Wohnort bzw. Unternehmensstandort dem Finanzamt sowieso bekannt ist. Einzig und allein ändert sich die Berechnung der Steuerschuld geringfügig.
- Je nach Höhe der »Großstadt-Steuer für Reiche« entwickelt sich der Anreiz für erfolgreiche Bürger und Unternehmen, ins Umland zu ziehen. Das Schaffen dieses Anreizes muß korrespondieren mit einer Stärkung vitaler Dorfkerne. Bauen auf der grünen Wiese schätzen wir hingegen als suboptimal ein.
- Die Abschöpfung der Agglomerationsgewinne tangiert zugleich die Familien- und Wohnpolitik. Indem hochqualifizierte, beserverdienende Singles mit geringem Wohnraumbedarf höhere Steuern entrichten müssen, verschiebt sich die Gesamtlast. Familien mit Kindern dürften davon profitieren.
- Es wird ein allgemeines Prinzip etabliert und keine Wette auf den Verlauf des technischen Fortschritts abgeschlossen, wie dies bei be-

stimmten Konzepten der Sonderwirtschaftszone der Fall ist.

- Im Gegensatz zu anderen Maßnahmen wie dem Baukindergeld, das flächendeckend gilt, zielt eine Abschöpfung der Agglomerationsgewinne darauf ab, eine ausgewogene Raumentwicklung zu gewährleisten.
- Die »Großstadt-Steuer für Reiche« wäre zudem ein wichtiger symbolischer Akt. Daß immer mehr Menschen in die Großstädte ziehen, hat nur zu einem Bruchteil etwas mit rationalen Gründen zu tun. Vielfach handelt es sich auch um Schwarmverhalten. Dies entsteht unter anderem, da urbanes Leben, Flexibilität, Mobilität und Unabhängigkeit von familiären Bindungen medial glorifiziert werden.
- Seit Jahrzehnten nimmt die Haushaltsgröße in Deutschland ab. Seit dem Jahr 2000 stieg die Anzahl der Einpersonenhaushalte um 27,7 Prozent an, während Haushalte mit fünf und mehr Personen deutlich seltener anzutreffen sind (minus 14,4 Prozent). Das Statistische Bundesamt geht davon aus, daß sich dieser Trend bis zum Jahr 2035 weiter verschärfen dürfte.⁴³ Hier durch entsprechende Anreize entgegenzusteuern, ist aus demographischen, sozio-ökonomischen und raumpolitischen Gründen eine Notwendigkeit.

Dennoch gibt es einen ganz entscheidenden Nachteil der »Großstadt-Steuer für Reiche«: Sie dürfte gerade in einem Land mit sehr hoher Steuer- und Abgabenlast wie Deutschland politisch schwer vermittelbar sein. Dies gilt insbesondere, wenn sie aus einer Ecke kommen sollte, die sich ansonsten für Steuerentlastungen einsetzt und in der Öffentlichkeit mit diesem Alleinstellungsmerkmal punkten will.

Aus unserer Sicht ist deshalb die Abschöpfung der Agglomerationsgewinne der zweite Schritt vor dem ersten. Sie ist in der von Paul Collier vorgeschlagenen Variante erst dann sinnvoll, wenn zuvor eine erkennbare Vereinfachung des Steuersystems stattgefunden hat und die Abgabenlast deutlich gesenkt wurde. Wie in unserer Agenda 2030⁴⁴ bereits postuliert, halten wir eine Halbierung der Abgabenlast innerhalb von zehn

**»Ein zentrales Merkmal der Deutschen ist ihr fundamentaler Sozialdemokratismus, der sich über das gesamte politische Spektrum erstreckt. Sein Kern besteht darin, daß Differenzen aller Art für schlechthin unerträglich gelten. Die politische Formel hierfür lautet: ›Angleichung der Lebensverhältnisse‹.«
(Rolf Peter Sieferle: Finis Germania)**

Jahren für ein ehrgeiziges, aber notwendiges Ziel. Um dies zu erreichen, ist die Idee einer *Flat Tax*⁴⁵ durchaus interessant. Sie verspricht zwar keine größere Gerechtigkeit, wäre aber geeignet, um zunächst den Staat auf ein vertretbares Maß zu rechtzuzutzen. Ist dies geschehen, könnte dann eine Einkommenssteuer entwickelt werden, die den Wohnort und die dort vorhandene Infrastruktur berücksichtigt.

Wem dieser Ansatz zu radikal ist oder wer diese Strategie nicht für praktikabel hält, kann auch anders vorgehen. In einem ersten Schritt könnten mehrere Steuern wie die Erbschaftssteuer⁴⁶, die Grunderwerbsteuer und die Gewerbesteuer abgeschafft werden, um eine Vereinfachung des Steuersystems herbeizuführen. Daran anschließen könnte die vorgestellte, regional ausdifferenzierte Besteuerung der Gewinne von Bürgern und Unternehmen. Dies hätte weitreichende Folgen für die gesamten Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Kommunen, böte aber die Möglichkeit, aus der bisher üblichen Flickschusterei auszusteigen. Die Gewerbesteuer z.B. verhindert eine ausgewogene Raumentwicklung, da es sich arme Gemeinden nicht leisten können, sie niedrig anzusetzen. Der Vorschlag von Collier ist ihr damit weit überlegen. Zudem zeigen etliche Länder wie z.B. Österreich und die Schweiz, daß man ohne Gewerbesteuer auskommen kann.

4. Steuerrabatte für »Landeier«

Damit die Abschöpfung der Agglomerationsgewinne nicht an der Schwierigkeit der politischen

Vermittelbarkeit scheitert und vereinbar wird mit der Absicht, die Abgabenlast insgesamt zu minimieren, ist eine Modifikation dieser Idee ratsam. Wir möchten deshalb vorschlagen, den Ansatz von Paul Collier einer regional ausdifferenzierten Besteuerung von Einkommen zu invertieren.

Statt eine zusätzliche Steuer für reiche Großstädter zu erheben, hieße das also, Bürger und Unternehmen im ländlichen Raum generell zu entlasten, da sie vom Staat eine schlechtere Infrastruktur zur Verfügung gestellt bekommen. Aus diesem Grund könnte man ihnen je nach Länge der Mängelliste der Infrastruktur in ihrer Gemeinde Rabatte auf ihre Steuerlast gewähren.

Um zu verstehen, wie das gemeint ist, sollte an ein »abgehängtes« Dorf gedacht werden. Die Bürger und ansässigen Unternehmen haben hier im Gegensatz zur Großstadt weder einen Bahnhof noch eine Autobahnauffahrt im Umkreis von 20 Kilometern. Über schnelles Internet verfügen sie auch nicht. Zudem sind die Wege zu Schulen und Behörden besonders lang. Partiiell können diese Probleme eventuell gelöst werden, z.B. durch einen Ausbau des Internets oder eine neue Schule, die aber nur bei der erforderlichen Mindestanzahl von Schülern Sinn ergibt. Trotzdem werden langfristig Unterschiede in der Versorgung und Erreichbarkeit von Regionen bestehen bleiben. Es ist unmöglich, diese zu nivellieren. Wer an einer ausgewogenen Raumentwicklung interessiert ist, wird dennoch Anreize für das Leben und Arbeiten in Dörfern, Kleinstädten und strukturschwachen Regionen schaffen. Der Schlüssel dazu sind

die Steuerrabatte, die wie folgt konzipiert werden könnten:

- Zehn Prozent »Steuerrabatt« gibt es für Landkreise, die über keinen ICE-Anschluß verfügen.
- Weitere zehn Prozent wären für Gemeinden denkbar, in deren Umkreis, der z.B. auf 20 Kilometer festgeschrieben werden könnte, keine Autobahnauffahrt zu finden ist.
- Außerdem erhalten alle Gemeinden, die nicht an schnelles Internet angeschlossen sind, einen Rabatt in Höhe von zehn Prozent.
- Diese Rabatt-Regel ließe sich zudem ebenso für lange Wege zu Schulen, Behörden sowie Polizeidienststellen etablieren, wobei aus unserer Sicht die Sicherheit unverhandelbar ist und flächendeckend durchgesetzt werden muß, womit dieser Indikator strukturschwacher Räume entfallen würde.

Die Datenbasis, um für jede Gemeinde die Höhe des Rabatts korrekt berechnen zu können, liegt mit dem Landatlas des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bereits vor. Die Differenzen innerhalb des ländlichen Raums und selbst innerhalb eines Landkreises können dabei sehr gut Berücksichtigung finden, wodurch ein äußerst objektives, transparentes, nachvollziehbares und deutschlandweit einsetzbares Verfahren entsteht, das keine Sonderbehandlung einer ausgewählten Region vorsieht, die willkürlich von Politikern oder Ökonomen bestimmt werden würde.

Das Resultat einer solchen Steuerreform wäre, daß Bürger und Unternehmen im Endeffekt nur noch für die Infrastruktur bezahlen müssen, die sie auch selbst vor Ort nutzen können. Genau das empfinden wir als gerecht und zielführend, da mit den Mehreinnahmen aus den Städten der ländliche Raum und strukturschwache Regionen fortentwickelt werden könnten, wo es nötig ist. Der detaillierte Blick in einzelne Landkreise zeigt, wie unklug es wäre, größere Sonderwirtschaftszonen einzurichten. Denn beispielsweise in der Gemeinde Moritzburg (bei Dresden) verfügen bereits 83,6 Prozent der Haushalte über schnelles Internet. In der direkt angrenzenden Gemeinde

Radeburg liegt der Wert dagegen bei 3,4 Prozent. Es wäre daher unsinnig, diese beiden Gemeinden zusammenfassen zu wollen.⁴⁷ Ebenso verhält es sich bei der Entfernung zur nächsten Grundschule: In Ellefeld bei Plauen beträgt sie 2,7 PKW-Minuten. Wenige Kilometer weiter in Muldenhammer sind es 12,2 Minuten.⁴⁸

Daher erachten wir es als falsch, spezielle Fördermaßnahmen für Ostdeutschland oder einzelne Landkreise zu entwerfen. Vielmehr sollten die Indikatoren »Entfernung zur nächsten Grundschule«, »Anbindung an das Verkehrsnetz« und »Anschluß an schnelles Internet« herangezogen werden, um strukturschwache Regionen deutschlandweit zu identifizieren und die dort lebenden Bürger und wirtschaftenden Unternehmen spürbar zu entlasten. Da es sowohl bei den Grundschulen als auch dem Breitbandausbau ein deutliches Ost-West-Gefälle gibt, würde der Osten mehr von der skizzierten Reform profitieren als der Westen. Wenn dadurch jedoch auch einige wohlhabende Dörfer in Bayern bessergestellt werden, so halten wir das für keinen Fehler. Denn die Entwicklung der Haushaltsgrößen läßt vermuten, daß langfristig auch heute noch intakte, ländliche Strukturen verlorengehen könnten. Hier frühzeitig gegenzusteuern, ist besser, als sich nachträglich zu beschweren.

Überzeugte Stadtbewohner sollten dieses Programm einer ausgewogenen Raumpolitik ebenfalls aus Eigeninteresse unterstützen, da sich Agglomerationsvorteile bei steigender Agglomerations-Intensität schnell in Agglomerationsnachteile verwandeln können: Tobias Chilla, Olaf Kühne und Markus Neufeld sehen »ab einem bestimmten Punkt« der Urbanisierung die Gefahr eines überlasteten ÖPNVs, ständiger Staus auf den Straßen, mangelnder Flächen für Neugründer und exorbitante Lohnkosten für Unternehmen. Findet deshalb eine Entkoppelung von Wohn- und Arbeitsort statt, sind lange Pendelstrecken die Folge. Chilla, Kühne und Neufeld nennen hier das Negativbeispiel Frankreich, »wo Tagespendler aus Lille mit dem Hochgeschwindigkeitsnetz an Paris angebunden sind« und so täglich rund 450 Kilometer bewältigen dürften.⁴⁹ Aus ökologischen und gesundheitlichen Gründen sollten ähnlich lange Pendelstrecken in Deutsch-

land vermieden werden. Im Optimalfall sollten die Steuerrabatte sowohl Arbeiten als auch Wohnen in ländlichen Regionen begünstigen.

Um darüber hinaus weitere Maßnahmen individuell umsetzen zu können, möchten wir zu guter Letzt einen Vorschlag von Helmut Schmidt aufgreifen. Er hatte 2001 ins Gespräch gebracht, die ostdeutschen Landesparlamente dazu zu ermächtigen, »hinderliche Vorschriften aus Bundesgesetzen befristet außer Kraft«⁵⁰ setzen zu dürfen. Würde man eine solche Regelung deutschlandweit etablieren, wäre einerseits eine effektive Kontrolle der Gesetzgebung des Bundes und der Europäischen Union möglich. Andererseits stärkte dies einen innovativen Föderalismus.

Endnoten

1 Paul Collier: **Die unterste Milliarde**. Warum die ärmsten Länder scheitern und was man dagegen tun kann. München 2008. S. 132

2 Ebd., S. 133

3 Vgl. Tobias Chilla/Olaf Kühne/Markus Neufeld: **Regionalentwicklung**. Stuttgart 2016. S. 173

4 Statista: Europäische Union: Jugendarbeitslosenquoten in den Mitgliedsstaaten im März 2019. Online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/> (2019-05-03)

5 Vgl. Klaus-Heiner Röhl: **Sonderwirtschaftszonen als Instrument der Regionalentwicklung**. Neue Ideen für die neuen Bundesländer. Köln 2004. S. 4

6 Philipp Fink/Martin Hennicke/Heinrich Tiemann (Friedrich-Ebert-Stiftung, FES): **Ungleiches Deutschland**. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019. Bonn 2019. S. 9

7 Z.B. der mit Zwangsgebühren finanzierte Deutschlandfunk, der titelte: »Ungleichheit in Deutschland hat sich verfestigt« (https://www.deutschlandfunk.de/studie-ungleichheit-in-deutschland-hat-sich-verfestigt.1939.de.html?drn:news_id=1002199) bzw. »Mit dem Wohlstand wächst die Ungleichheit« (<https://www.deutschlandfunknova.de/nachrichten/studie-mit-dem-wohlstand-waechst-die-ungleichheit>)

8 Vgl. Florian Müller: **Die Messung der Ungleichheit**. In:

Recherche D, Heft 5. Chemnitz 2019. S. 23-26

9 Vgl. Makronom.de: Ökonomie-Lehrbücher, Netzstabilität, 15-Stunden-Woche. Online unter: <https://makronom.de/oekonomie-lehrbuecher-netzstabilitaet-15-stunden-woche-29268> (2019-05-06)

10 Vgl. Jörg Heidjann: Strompreisentwicklung seit der Liberalisierung 1998 – 2019. Online unter: <https://www.stromauskunft.de/strompreise/strompreisentwicklung/> (2019-05-06)

11 Vgl. IG BCE: IG BCE fordert Anpassungsgeld für Kohlebeschäftigte. Online unter: <https://m.igbce.de/xxii-44-anpassung-fuer-kohlebeschaeftigte-jpk/177770> (2019-05-06)

12 Vgl. Freistaat Sachsen: Aktuelle Entwicklungen zum Strukturwandel. Online unter: <https://www.staatsregierung.sachsen.de/aktuelle-entwicklungen-zum-strukturwandel-6064.html> (2019-05-06)

13 Vgl. Ludwig von Mises: **Kritik des Interventionismus**. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsideologie der Gegenwart. München 2013.

14 Vgl. Röhl 2004. S. 35, Tabelle 4

15 Vgl. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Infoportal Zukunft.Land: Bruttoinlandsprodukt. Online unter: <https://www.landatlas.de/wirtschaft/bip.html> (2019-05-07)

16 Vgl. ebd.: Löhne und Gehälter. Online unter: <https://www.landatlas.de/bevstruktur/lohn.html> (2019-05-07)

17 Welt.de vom 04.03.2019: **Schwache Gebiete »aufgeben«?** Ost-Studie erregt Widerspruch. Online unter: https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/artikel189733287/Schwache-Gebiete-aufgeben-Ost-Studie-erregt-Widerspruch.html (2019-05-07)

18 Vgl. Halle Institut for Economic Research: **United country – three decades after the Wall came down**. Halle (Saale) 2019. S. 36

19 Ebd., S. 41

20 Ebd., S. 43

21 Ebd., S. 51

22 Der Disparitätenbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) berücksichtigt zwar einzelne Voraussetzungen, mischt diese aber in seiner Clusteranalyse mit ergebnisorientierten Werten.

23 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung: Angebotsqualitäten und Erreichbarkeiten im öffentlichen Verkehr. Bonn 2018. S. 6

24 Vgl. FES 2019, S. 10

25 Röhl 2004, S. 9

26 Ebd., S. 4

27 Ebd., S. 16

28 Ebd., S. 12f

29 Lukas Schürmann: **Auch nach 25 Jahren Einheit – dem Osten fehlen die Konzerne.** In: Manager Magazin vom 02.10.2015. Online unter: <https://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/tag-der-deutschen-einheit-dem-osten-fehlen-die-konzerne-grafik-a-1055879.html> (2019-05-08)

30 Süddeutsche Zeitung vom 07.08.2018: Mehr Schutz vor Investoren aus China. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/firmenuebernahmen-mehr-schutz-vor-investoren-aus-china-1.4084343> (2019-05-08)

31 Vgl. Kai Lucks: **Deutschland verkommt zum Verwalterstaat.** In: Welt vom 08.05.2019. Online unter: <https://www.welt.de/wirtschaft/bilanz/article192847021/Mergers-Acquisitions-Deutschland-verkommt-zum-Verwalterstaat.html> (2019-05-08)

32 Vgl. Recherche D, Heft 2 (August 2018): **Friedrich List und der Sinn des Protektionismus.** S. 30-33

33 Vielleicht ist es an dieser Stelle angemessener von einer »Wirtschaftsschutzzone« zu sprechen.

34 Vgl. Andreas Mihm und Philip Plickert: **Sonderwirtschaftszonen für Ostdeutschland gefordert.** In: FAZ vom 09.05.2019. Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/sonderwirtschaftszonen-im-osten-gefordert-16177044.html> (2019-05-09)

35 Vgl. Röhl 2004, S. 35, Tabelle 4, und S. 39

36 Vgl. Klaus-Heiner Röhl/Christoph Schröder: **Welche Regionen sind in Deutschland besonders von Armut betroffen?** IW-Kurzbericht Nr. 49 vom 09.08.2016. Online unter: <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-kurzberichte/beitrag/regionale-armut-welche-regionen-sind-in-deutschland-besonders-von-armut-betroffen-294177.html> (2019-05-13)

37 Vgl. Paul Collier: **Sozialer Kapitalismus!** Mein Manifest gegen den Zerfall unserer Gesellschaft. München 2019.

38 Vgl. ebd., S. 177

39 Ebd., S. 195

40 Ebd., S. 199

41 Ebd., S. 200

42 Collier nennt Sheffield, Detroit und Gelsenkirchen. Vgl. ebd., S. 202

43 Vgl. Statistisches Bundesamt: Entwicklung der Zahl der Privathaushalte nach Haushaltsgröße bis 2035 (Trendvariante) Deutschland. Online unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Tabellen/vorausberechnung-haushalte.html> (2019-05-14)

44 Vgl. Recherche D, Heft 4 (Februar 2019): **Agenda 2030.** 20 Forderungen. S. 7

45 Vgl. ebd., S. 48f

46 Für eine Abschaffung der Erbschaftssteuer wirbt z.B. die AfD. Vgl. <https://www.afd.de/steuern-finanzen-wirtschaft-arbeit/> (2019-05-14)

47 Noch signifikanter sind die Unterschiede in Ortrand (südliches Brandenburg, 94,8 %) und der angrenzenden Gemeinde Schönfeld (3,9 %). Vgl. <https://www.landatlas.de/versorgung/breitband.html> (2019-05-14)

48 Vgl. <https://www.landatlas.de/wohnen/grundschulen.html> (2019-05-14)

49 Chilla/Kühne/Neufeld 2016, S. 177f

50 Röhl 2004, S. 41

In allen Kennziffern sieht es so aus, als ob die Mauer noch steht.

Im Gespräch mit Dr. Gregor Gysi

Der linke Bundestagsabgeordnete Gregor Gysi (71) zählt zu den bekanntesten Politikern aus Ostdeutschland. Er war in verschiedensten Positionen maßgeblich an der Transformation der SED zur Linkspartei beteiligt. 2002 war er für kurze Zeit Berliner Wirtschaftsminister.

Wir haben mit ihm über den Zusammenbruch der DDR, die Fehler beim Aufbau Ost und die Enteignung von Wohnkonzernen gesprochen.

Recherche D: Welche maßgeblichen Fehleinschätzungen der SED-Elite führten zum Zusammenbruch der DDR und was hat Ihre Partei daraus gelernt?

Dr. Gregor Gysi: Entscheidend dafür, daß das System regelrecht vor dem Selbstbefreiungsdrang der Menschen implodierte, war neben der Unfähigkeit, den ökonomischen Wettbewerb mit dem Westen zu gewinnen, vor allem die Unfähigkeit der SED-Führung im Allgemeinen und Honeckers im Besonderen, die politischen Reformen in der Sowjetunion, die Demokratie als Chance und nicht als Bedrohung wahrzunehmen.

Das heißt, Sozialismus geht nur demokratisch, wenn dies den Mehrheitswillen ausdrückt. Und man muß dann auch akzeptieren, wenn sich Mehrheiten verändern.

Die Linkspartei fordert einen Treuhand-Untersuchungsausschuß. Was werfen Sie der Treu-

hand vor und warum kehren Sie nicht zunächst vor der eigenen Haustür? Schließlich wurde die Treuhand von Hans Modrow und Christa Luft angeschoben.

Die Treuhandanstalt von Hans Modrow und Christa Luft hatte andere Aufgaben als die von Theo Waigel. Die schnelle Privatisierung der DDR-Volkswirtschaft hat zu viele Arbeitsplätze gekostet. Die neuen Eigentümer waren zumeist Westdeutsche und oft gar nicht an einer Fortführung der Produktion interessiert. Nicht wenige wollten nur den Markennamen erwerben oder einen Konkurrenten loswerden. Anders haben oft ausländische Käufer gehandelt. Sie sahen langfristige Ziele und freuten sich über die Kontakte der DDR-Firmen nach Osteuropa, die sie nutzen konnten.

Der Vorschlag meiner Partei damals war, alle DDR-Betriebe über die Lohnkosten zehn Jahre lang zu subventionieren. Das erste Jahr mit 100 Prozent der Lohnkosten, das zweite mit 90, das dritte mit 80 und so weiter. So hätten die Betriebe die Chance gehabt, sich langsam auf die Anforderungen der Marktwirtschaft einzustellen und sicher hätten viel mehr überlebt. Das hätte die Privatisierung nicht verhindert, aber wegen des Interesses an den Subventionen verändert.

Die Deindustrialisierung der ehemaligen DDR wäre ausgeblieben. Natürlich hätte das den Staat zunächst viel Geld gekostet. Die Kosten der Ab-

wicklung und der Massenarbeitslosigkeit in den 90er Jahren wären aber wesentlich geringer ausgefallen.

Außerdem hätten die Unternehmen nach ihrer Bewährung auf dem Markt viel teurer verkauft werden können, so daß sogar die Bestimmung im Einigungsvertrag, daß übrigbleibendes Geld an die ehemaligen DDR-Bürger ausgezahlt werden muß, weil es ja Volkseigentum war, Sinn gemacht hätte. Denn das war die ursprüngliche Grundidee der Treuhand. Sie sollte die Betriebe nicht falsch verhökern, sondern so in die Marktwirtschaft überführen, daß das Volk etwas davon hatte.

Derzeit protestieren einige Bürger für Enteignungen von Wohnkonzernen. Wie stehen Sie dazu? Glauben Sie, daß der Staat langfristig einen ausreichenden Anreiz hat, Wohnungen zu sanieren?

Wir erleben gerade, wie große Wohnungskonzerne hemmungslos die Mieten treiben und bezahlbarer Wohnraum zur Mangelware wird. Man kann diese Entwicklung nur stoppen, indem man eine genügend große Zahl von Wohnungen in öffentlichem und genossenschaftlichem Eigentum hat, so daß dort keine privaten Profite erwirt-

schaftet werden müssen. Außerdem muß der Gesetzgeber andere Mietregelungen schaffen. Die Politik muß dieses Problem lösen oder sie schadet der Demokratie. Wozu wähle ich ein Parlament, wenn es diesbezüglich keine Abhilfe schaffen kann oder will? Enteignungen gibt es ständig, zum Beispiel für Autobahnen. In der Rechtsprechung haben sich Entschädigungen unter dem Verkehrswert und ohne entgangenen Gewinn durchgesetzt. Das Volksbegehren unterstütze ich, schon weil dadurch Bewegung in die Sache kommt. Plötzlich gibt es viele Vorschläge – selbst von CDU und FDP – wie das Wohnungsproblem in Berlin gelöst werden könnte.

Natürlich gibt es auch private Vermieter, die ihre Mieter fair behandeln. Ebenso gibt es viele Bereiche, zum Beispiel den Mittelstand, in denen der Markt und privates und genossenschaftliches Eigentum Sinn haben. Es war einer der Fehler des Staatssozialismus, fast alles verstaatlichen zu wollen und so private Initiative und Wettbewerb abzuwürgen. Aber die öffentliche Daseinsvorsorge in Bildung, Gesundheit, Mobilität, Energie- und Wasserversorgung, Teile von Kunst, Kultur und Sport gehört in öffentliches Eigentum, zumindest in öffentliche Verantwortung.

Bildquelle: Die Linke, flickr, CC BY 2.0



Welche Bilanz ziehen Sie nach fast 30 Jahren Aufbau Ost? Wo besteht Nachbesserungsbedarf?

Ein großer Fehler war sicher, daß nichts an der Symbolik – Fahne, Hymne, Emblem – geändert wurde und es keine neue Verfassung gab. Das Grundgesetz ist, was die politischen Rechte der Bürger betrifft, eine gute Verfassung. Die sozialen Rechte allerdings spielen nur eine untergeordnete Rolle. Die Wohnung wird vom Grundgesetz beispielhaft geschützt, es gibt aber keinen Anspruch auf bezahlbaren Wohnraum.

Der Hauptfehler nach der Vereinigung war allerdings, daß die Bundesregierung nicht aufhören konnte zu siegen. Es mußte im Osten alles genauso sein wie im Westen. Besser wäre es doch gewesen, einmal darüber nachzudenken, mit welchen Dingen aus der DDR das gemeinsame Deutschland hätte bereichert werden können. Vielleicht mit einigen Aspekten der Gleichstellung der Geschlechter oder der Berufsausbildung mit Abitur oder mit dem System der Polikliniken? Das leh-

te die Bundesregierung ab. Anderenfalls wäre das Selbstbewußtsein der Ostdeutschen gewachsen und die Westdeutschen hätten eine Steigerung ihrer Lebensqualität durch den Osten in einigen Punkten erlebt. Das wurde ihnen nicht gegönnt.

Die Bundesregierungen der vergangenen drei Jahrzehnte haben nicht nur das Kohlsche Versprechen der blühenden Landschaften im Osten nicht eingelöst, sondern bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse bis heute versagt. Gleich welche Grafik man sich anschaut, ob Vermögen, Standorte großer Unternehmen, Wirtschaftsleistung, Löhne, Produktivität, die Anzahl ostdeutscher Führungskräfte oder das Wahlverhalten, in allen Kennziffern sieht es so aus, als ob die Mauer noch steht. Gerade weil im Grundgesetz gleichwertige Lebensverhältnisse und die angemessene Berücksichtigung aller Länder in Führungspositionen als Politikziel verankert sind, müßte dies das Handeln von Bundestag und Bundesregierung viel deutlicher bestimmen.

Vielen Dank für das Gespräch, Herr Dr. Gysi.

ZU KURZ GESPRUNGEN!

Die AfD-Fraktion im Bundestag hat im Mai einen Antrag eingebracht, mit dem Durchschnitts- und Geringverdiener spürbar entlastet werden sollen. Zum einen will man den Solidaritätszuschlag abschaffen und zum anderen bei Geringverdienern die Sozialabgaben dadurch senken, daß der Arbeitnehmeranteil entfällt und dafür Steuermittel eingesetzt werden. Ergo: Diese Gelder müssen auch weiterhin erwirtschaftet werden, womit die Steuerlast nur geringfügig verlagert wird und zwar am Ende vermutlich sogar zulasten der Mittelschicht.



Aber schauen wir uns zunächst an, was der AfD-Gehaltsrechner für den Durchschnittsdeutschen mit einem Gehalt von knapp über 3.000 Euro brutto ausspuckt. Er kommt in unserem Rechenbeispiel auf 13,64 Euro mehr als früher. Bei 5.000 Euro brutto springen etwa 30 Euro mehr heraus.

Das heißt: Dem Durchschnittsdeutschen wird ein zusätzlicher Restaurantbesuch – ohne Getränke – in Aussicht gestellt und für Gutverdiener ist auch noch ein Bier und der Nachtisch drin. Das halten wir für viel zu wenig ambitioniert und schlecht konstruiert. Symptombekämpfung kann die AfD den Altparteien überlassen.

Der Ansatz »Mehr Netto vom Brutto« ist aber richtig. Die Staatsquote von rund 50 Prozent in Deutschland ist exorbitant. Gerade Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen brauchen dringend Entlastung. Nach einer Leser-Umfrage haben wir die Halbierung der Abgabenlast innerhalb von zehn Jahren in unsere Agenda 2030 aufgenommen. Ausführlich nachgelesen werden kann dieses Programm in unserem Heft 4.

Was sind eigentlich Werte?

von Johannes Konstantin Poensgen

Mit der Wiederauflage von Eberhard Straubs *Zur Tyrannei der Werte* hat der Jungeuropa-Verlag seinen dritten Theorieband veröffentlicht.

Von allem, was bisher bei Jungeuropa erschien, stellt *Zur Tyrannei der Werte* zweifellos den höchsten Anspruch an die Leserschaft. Zum Ersten erfordert ein sinnvoller Dialog mit Straub fortgeschrittene Kenntnisse der Geistes- und Kulturgeschichte der letzten zwei Jahrhunderte. Zum Zweiten macht sein sprunghafter Essaystil und die Verstreuung der Thesen dem Unvertrauten die Orientierung nicht gerade einfacher. Und zum Dritten vertritt er zwei Argumentationsstränge, die nicht voneinander abhängen und die es bei einer Beurteilung seiner Schrift auseinanderzuhalten gilt.

Schon der Titel bezieht sich auf Carl Schmitts Schrift *Die Tyrannei der Werte* von 1967. Die erste These Straubs ist denn auch von Schmitt übernommen: Wert ist auch im moralischen und moralisierenden Sinne des Wortes seinem Wesen nach ein ökonomischer Begriff. Der Gebrauch desselben Wortes für die »Werte unserer freiheit-

lichen demokratischen Grundordnung« und die Werte von Aktien und Devisen ist nicht bloß eine Laune der Sprache.

Daran knüpft sich die zweite These an: Die moralischen Werte sind ein modernes Phänomen, das unauflöslich mit dem Kapitalismus verbunden ist. Dazu gehört die Behauptung, daß sowohl die Antike als auch das christliche Zeitalter Tugenden, Prinzipien und Güter gekannt hätten, jedoch keine Werte.

Der Kern von Straubs ethischer Wertkritik ist jedoch weder antik noch christlich, sondern kantianisch. Wer auch dem Menschen einen Wert zumißt, sieht ihn, entgegen der kantianischen Ethik, als Mittel zum Zweck an. Wertschätzung ist bei Straub ein Gegenbegriff zu Respekt. Ersteres gilt dem, was ein Mensch leistet, letzteres dem, was er ist.

In diesem Sinne schließt sich Straub Karl Marx an, der die Verwertung des Arbeiters durch den Kapitalismus geißelt, also seine Reduktion auf den Wert seiner Arbeitsleistung. Wobei Straub Marx trotzdem vorhält, im Ökonomismus gefan-

»Eine Rechtsgemeinschaft kann keine Wertegemeinschaft sein.«

gen zu bleiben. Zusammen ergeben diese ersten beiden Thesen eine bestimmte Deutung der Relativismuskrise der Moderne. Gegen Nietzsche behauptet Straub, daß die Relativität der Werte – des einen Wert kann des anderen Unwert sein – keine Erkenntnis einer immer schon vorhandenen, von den Dogmatikern vergangener Zeiten lediglich verdrängten Tatsache ist. Statt dessen sei diese Subjektivität ein Spezifikum der Moderne, eine Spiegelung des bürgerlichen Kapitalismus in die Moral, wodurch Tugenden, Prinzipien und Güter verwertet werden.

Diese Verwertung ist anhand des Wertbegriffes von Ricardo und Marx gedacht. Das heißt, dem moralischen Gut, der Tugend oder dem Prinzip wird ein Wert zugewiesen und durch diese Zuweisung eines Wertes wird es mit anderen (ver-)tauschbar. Indem ihnen ein Wert zugemessen wird, werden die Güter den Launen des Marktes mit seinen Auf-, Ab-, Ent- und Umwertungen ausgesetzt.

Der zweite Argumentationsstrang beruht ebenfalls auf Schmitt. Hier geht es um die juristische

Bedeutung des Wertes, oder besser darum, daß Werte dem Rechtsdenken fern zu bleiben haben. Im Kern steht die Unterscheidung von Wert und Recht. Diese zwei Begriffe schließen sich nach Straub gegenseitig aus. »Eine Rechtsgemeinschaft kann keine Wertegemeinschaft sein, weil Recht und Wert nicht zueinander gehören.«

Während das Recht, daß jedem Rechtsschutz und Rechtssicherheit gewährt, ordnet und Frieden stiftet, erzeugen Werte Streit, weil sie der subjektiven Bewertung unterliegen und damit willkürlich wandelbar sind. Somit kann eine friedliche Ordnung des Gemeinwesens nur auf der Grundlage des Rechtes erfolgen und nicht auf den ständig schwankenden Werten. Das Recht weist jedem einigermaßen klar das Seine zu. Werte hingegen sind nicht nur unklar, sondern beinhalten aufgrund ihrer moralischen Aufladung eine exterminatorische Logik.

Recht soll eingehalten werden. Werte hingegen verlangen nach Anerkennung. Wo immer Werte zur Grundlage des Gemeinwesens gemacht werden, ist deshalb der Satz Sarastros aus Mozarts Zauberflöte nicht fern: »Wen diese Lehren nicht erfreuen, verdient nicht ein Mensch zu sein.« Das Recht verlangt die Bestrafung des Verbrechers, also desjenigen, der Recht gebrochen hat. Werte verlangen hingegen nach der Bekämpfung aller, die diese bestimmten Werte nicht anerkennen. Sie öffnen den Weg in die Gesinnungsdiktatur, wie zum außenpolitischen Abenteuer zwecks Durchsetzung angeblich demokratischer, humanitärer oder sonstiger Werte.

Souverän gelingt Straub die Darstellung der Geschichte des Wertbegriffs. Vor allem was die bekannten und weniger bekannten Denker der Jahrhundertwende anbelangt, verfügt er über außerordentliche Kenntnisse. Sein größter Schwachpunkt ist hingegen seine begriffliche Unklarheit. Diese behindert ihn vor allem bei der Untersuchung des Wertes als moralischem und als ökonomischem Begriff.

Hier bleibt er deshalb bei einer nur schwer überzeugenden Gleichsetzung. Eine saubere Begrifflichkeit hätte klargestellt, daß der Wertbegriff von Ricardo und Marx nur insofern auf den moralischen Wert übertragen werden kann, als beide die abstrakte Bewertungsgröße eines Gutes

EBERHARD STRAUB

ZUR TYRANNEI DER WERTE



THEORIE III

ausdrücken. Es ist richtig, daß damit die Möglichkeit zum Vergleich, wie auch zu einer anderen Einschätzung dieser Größe, also der Relativismus der Werte gegeben ist. Falsch ist jedoch der beständige Verweis auf den Markt. Denn es ist nicht ersichtlich, welchem Gesetz von Angebot und Nachfrage – diese Bedeutung hat das Wort Markt im Sinne der ökonomischen Theorie – moralische Werte unterliegen sollten. Ist es nicht im Gegenteil so, daß moralische Werte um so billiger werden, je mehr andere Menschen sich zu ihnen bekennen?

Glücklicherweise bleibt der rechtsphilosophische Argumentationsstrang davon vollkommen unberührt. Ganz im Gegenteil, er beruht auf der

richtigen Beobachtung, daß Werte nicht verhandelt und getauscht, sondern bestenfalls gegeneinander abgewogen und oft gegeneinander in Stellung gebracht werden.

Was die Folgen der Tyrannei der Werte für das Rechtsbewußtsein betrifft, liegt Straub vollkommen richtig. Es stellt sich allerdings die Frage, ob denn das Recht nicht auf Wertschätzung angewiesen ist. Bedeutet Rechtsstaatlichkeit etwas anderes, als eben das Recht zum neuen Höchstwert zu erklären?

Eberhard Straub: Zur Tyrannei der Werte, Jungeuropa, 2019, 188 Seiten, gebunden. 16,00 Euro

GENERATION GRETA OFFENBART EKLATANTE WISSENSLÜCKEN

Die schlechte Bildung der »Fridays for Future«-Generation stellt die Wirtschaft vor Probleme. Nach einer Mittelstands-Befragung der *Wirtschaftswoche* nimmt die Qualität junger Berufsanfänger deutlich ab.

Besonders mangelnde Mathematik- und Deutschkenntnisse machen den Unternehmen Sorgen. Immer häufiger müssen Ausbildungsstätten zusätzliche Nachhilfe organisieren, um die Versäumnisse der Schulzeit abzufangen.

»Bei den Grundrechenarten – ohne Taschenrechner – und dem allgemeinen Gefühl für Zahlen nehmen wir seit Jahren wahr, dass die Fähigkeiten nachlassen«, wird ein Ausbildungsleiter des Herstellers Miele zitiert.

Insgesamt hätten sich die schulischen Kenntnisse verschlechtert, heißt es auch aus der Azubi-Betreuung des Kleidungs Herstellers Trigema. Vor allem bei der Beherrschung der deutschen Sprache gibt es große Mängel: »Beim Formulieren von Texten, beim Verständnis für komplexe Sätze und bei der klaren Ausdrucksweise gibt es teilweise deutlichen Nachholbedarf«, unterstreicht der Chef der Unternehmensgruppe Fischer. Daß das

Bildungssystem auf das Berufsleben nicht mehr adäquat vorbereitet, erregt bei der Greta-Generation indes keinen Anstoß. Im Gegenteil: Eine Schüler-Petition gegen das angeblich zu schwere Mathe-Abi in Bayern fand bereits über 70.000 Unterzeichner.

Der ehemalige Präsident des deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, sieht in diesem Abi-Protest jedoch lediglich einen »Affenzirkus der Generation Schneeflocke«. Nachhilfe für Schulabgänger zeige, daß »die jungen Leute nichts mehr draufhaben«. Die Schulen sollten konsequent signalisieren: »Ihr müsst das können, sonst seid ihr nicht studierfähig.« Schüler müßten wieder lernen, sich »durchzubeißen«.



GEMEINSCHAFT ZÄHLT AUCH WAS!

von Felix Menzel

Haben Sie sich schon einmal überlegt, wie Sie ganz einfach etwas zum Wirtschaftswachstum beitragen können? Ein paar Vorschläge: Wenn Sie eine Familie haben, dann lassen Sie sich scheiden. Zum einen verdienen so Ihre Anwälte Unmengen an Geld, zum anderen sind Sie und Ihr ehemaliger Partner gezwungen, ein höheres Gehalt zu erzielen, um sich über Wasser zu halten.

Wenn Sie es hingegen nicht ganz so radikal mögen, dann achten Sie darauf, ja kein Gleichgewicht zwischen Beruf und Familie anzustreben.

Unbezahlte Eigenarbeit hält Gesellschaften teilweise besser intakt, als wenn alles zu einer Dienstleistung transformiert wird.

Warum? Ganz einfach: Eine Familie, bei der in der Regel die Frau die Erziehung der Kleinsten übernimmt, bei den Hausaufgaben der Größeren geholfen wird und ein Garten mit Gemüse und Obst vorhanden ist, mag zwar glücklich sein, aber die ökonomische Bilanz für den Staat könnte kaum verheerender sein. Viel besser wäre es für ihn, wenn Mann und Frau Workaholics sind. Sie müssen dann ihre Kinder für viel Geld betreuen lassen. Für die Hausaufgaben wäre zu überlegen, einen Nachhilfelehrer zu engagieren, und für den Garten bleibt freilich auch keine Zeit, weshalb sich die Lebensmitteleinzelhändler über höhere Umsätze freuen dürfen.

Schlittert man aber so nicht direkt ins Burnout? Zunächst einmal sollten Sie das präventiv versuchen zu verhindern, indem Sie ins Fitneßstudio oder zum Yoga gehen. Das ist volkswirtschaftlich betrachtet auf jeden Fall sinnvoller, als wenn Sie in einem gemeinnützigen Sportverein mitmachen, vielleicht sogar noch kostenlos Jugendliche trainieren und damit die Kleinhaltung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wissentlich in Kauf nehmen. Sollte es dennoch zum Burnout kommen, weil der sportliche Ausgleich nicht gereicht hat, so gibt es ja immer noch Psychologen, die schließlich auch von etwas leben wollen.

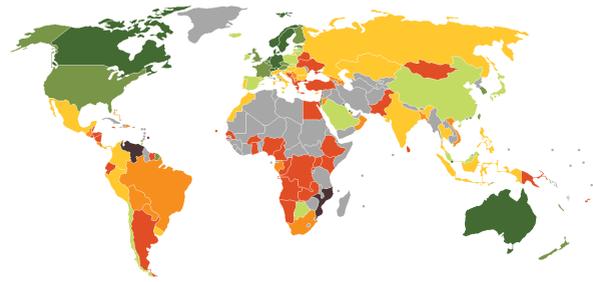
Unentgeltliche Nachbarschaftshilfe sollten sie ebenfalls vermeiden. Wenn für diese Tätigkeiten jedesmal ein Unternehmen angeheuert werden

muß, ist das nächste Wirtschaftswunder quasi fast schon realisiert. Noch etwas: Lassen Sie es in Ihrer Freizeit bitte so richtig krachen. Was am Tage verdient wurde, muß am Abend verkonsumiert werden. Gehen Sie in Restaurants, Bars, Diskotheken, auf Konzerte und gönnen Sie sich was im Urlaub. Völlig verfehlt wäre es, die eigene Freizeit mit der Familie oder Gemeinschaftstätigkeiten zu vertrödeln. Sie schaden damit dem ganzen Land – zumindest, wenn es nach der ökonomischen Statistik geht.

Diese interessiert sich schließlich nur für meßbare Geldbewegungen, nicht aber für das, was ohne Zahlungen an Eigenarbeit geleistet wird und an Sozialkapital entsteht. Man könnte nun zunächst annehmen, dies sei lediglich ein Problem der wissenschaftlichen Erhebung, die geändert werden müßte. Weit gefehlt, meint indes der Soziologe Alexander Dill, der 2017 ein Buch mit dem Titel *Die Welt neu bewerten. Warum arme Länder arm bleiben und wie wir das ändern können* auf den Markt brachte.

Dill erklärt plausibel, was hinter den ökonomischen Bewertungen der einzelnen Länder steckt und welche fatalen Folgen das hat. Seine These: »Die Bewertung nach dem Bruttosozialprodukt, die zu einer Explosion der Schulden führt, welche zur Erreichung eines angeblich notwendigen Wachstums aufgenommen werden, zerstört letztlich die Wirtschaft selbst. Wie ein Krebsgeschwür befällt das GDP (engl. Name für BIP) andere Organe der Gesellschaft wie Bildung, Ernährung, Energie, Boden, Kultur und Gesundheit, deren Berechtigung nun auch nur noch in Form ihres Beitrages zum Wachstum der Wirtschaftsleistung bewertet wird. Zerstört die völlige Ökonomisierung der Welt am Ende gar die Grundlagen der Ökonomie selbst?«

Worauf Dill hinauswill: Wenn langfristig nichts mehr dafür getan wird, intakte Sozialstrukturen wie Familien, Nachbarschaftsverbände, Dörfer und gemeinnütziges Engagement zu erhalten und darüber hinaus Bildung lediglich als die Voraussetzung für eine Mehrung der wirtschaftlichen Kraft angesehen wird, erodiert das Fundament unserer Gesellschaft, auf dem auch die Wirtschaft steht, was dieser aber anscheinend nicht ausreichend bewußt ist.



Weltkarte der Ratings von Standard & Poor's

Dunkelgrün: AAA (Bestnote). Grün: AA, Hellgrün: A
Gelb: BBB, Orange: BB, Rot: B, Weinrot: CCC, Purpur: CC/D

Norvikk, CC BY-SA 4.0

Welchen Stellenwert das Wirtschaftswachstum für unser Leben haben sollte, ist aber gar nicht einmal das Hauptthema des Buches. Es kreist vielmehr um die Frage, welche globalen Auswirkungen unsere Bewertungsmaßstäbe haben. Dill ist davon überzeugt, daß wir mit ihnen die Armut auf der Welt konservieren, statt sie zu bekämpfen. Aktuell gelte: Wer Wachstum vorweisen und versprechen könne, erhält nahezu unbegrenzt Kredite. Proportional mit den Vermögen steigen aber die Schulden in ungeahnte Höhen. Möglich ist dieses Spielchen durch die Nullzinspolitik der Zentralbanken und Staaten.

Normalerweise erhöhen sich in einer Marktwirtschaft die Zinsen in dem Maße, wie auch das Risiko steigt, das Geld nie wieder zu sehen. Die Politik hat dieses ökonomische Gesetz jedoch außer Kraft gesetzt, um die Spirale aus Wachstum, Innovation und Schulden immer weiter drehen zu können. Für die Bürger in den reichen Staaten des Westens bedeutet dies, daß sie durch die Geldpolitik schleichend enteignet werden, weil die Inflationsrate höher liegt als die Verzinsung ihrer Vermögen. Denn auffallend ist, daß selbst in den reichen Staaten nicht jeder unbegrenzt Schulden machen darf. Gestattet wird dies Staaten, Banken und Konzernen. Deutsche Unternehmensgründer erhielten dagegen im Jahr 2015 gerade einmal eine Milliarde Euro an Krediten.

Es sind also durchgehend die großen Fische, die von ihren eigenen Bewertungsmaßstäben profitieren. Die ärmsten Länder der Welt leiden folglich unter dieser Politik am allermeisten,

schlußfolgert Dill, da sie nicht in den Genuß der »Privilegien der Kapitalschöpfung« kommen. Wie eindeutig und eigentlich leicht zu durchschauen dieser Sachverhalt ist, belegen die Hauptsitze der größten Ratingagenturen. Sie befinden sich alle in den USA – egal, ob es um die Bewertung von Aktien (z.B. S&P), Unternehmen oder Staaten (Weltbank) geht.

Als Gegengewicht schlägt Dill deshalb die Messung des Sozialkapitals vor, das gerade in den ärmsten Ländern besonders stark ausgeprägt sei. Er betont: »Eine Gesellschaft, in der Geld nicht die herausragende Rolle spielt wie bei uns, ist nicht zwangsläufig arm. In weiten Teilen Afrikas sind die Menschen vielmehr – wie etwa in Tansania – daran gewöhnt, Essen und Wasser zu tauschen und zu teilen. Diese sogenannte informelle Wirtschaft, in der keine Konten oder Geldtransfers den Austausch messbar machen, ist eigentlich eine Art Geschenkökonomie.«

Alexander Dill

DIE WELT

NEU BEWERTEN

Warum arme Länder

arm bleiben und wie wir

das ändern können

oekom

Dill neigt dazu, die Rückständigkeit armer Länder zu bestreiten und das soziale Miteinander zu glorifizieren. Das ist freilich übertrieben. Dennoch ist ihm zuzustimmen, daß Gemeinschaftstätigkeiten eine höhere Wertschätzung verdienen und die ganze Welt keineswegs den Weg des Westens gehen muß oder sollte. Um beim Beispiel Tansania zu bleiben: 94 Prozent der Bevölkerung dieses Landes leben von der Landwirtschaft. Vor langer, langer Zeit erreichte Deutschland ähnliche Werte. Trotzdem durfte es sich ohne fremde Eingriffe so weiterentwickeln, wie es das wollte. Warum sollten wir also in Tansania eingreifen, um die dortige Wirtschaft mit einem Ruck in eine nach unseren Vorstellungen modellierte Zukunft zu katapultieren?

Vielleicht ist Geduld die wichtigste Fähigkeit für Wirtschaftspolitiker, Anleger und Investoren. Nur wer langfristig denkt, kann etwas Nachhaltiges aufbauen bzw. genauer noch: sich entwickeln lassen. Kurzfristiges, aktionistisches Denken ist dagegen teuer und führt zu katastrophalen Nebenwirkungen. Um dies zu illustrieren, hat Dill Beispiele aus Deutschland und Afrika in petto. So habe sich die Eigentumsstruktur der 30 DAX-Unternehmen in den letzten Jahrzehnten fundamental geändert, nur um schnell Kasse zu machen. Mehr als die Hälfte der Deutschland AG gehört inzwischen ausländischen Investoren. Damit sei die Bundesrepublik finanziell nur noch »eine leere Hülle, die von der Hand in den Mund lebt, also um jeden Preis Einnahmen generieren muss«, kritisiert Dill diese Abhängigkeit.

Eine noch viel krassere, wenn auch komplett andersgeartete Abhängigkeit kennt Afrika. Es hängt am Tropf der Entwicklungshilfe. Wie scheinheilig dieses Geschäft ist und daß es keinesfalls zur Stärkung der lokalen Wirtschaft führt, zeigt bereits eine Zahl ganz deutlich. Mit der weltweiten Entwicklungshilfe (2014: 137 Mrd. US-Dollar) ließe sich problemlos ein Grundeinkommen für die 600 Millionen Ärmsten des Kontinents in Höhe von 220 Dollar pro Jahr verwirklichen. Das klingt nach einem symbolischen Betrag, wäre aber laut Dill bereits ausreichend, um die krasseste Armut von heute auf morgen zu beenden.

Seiner Meinung nach würde ein solches bedingungsloses Grundeinkommen in Afrika eine Ak-

tivierung des Sozialkapitals auslösen. Wenn das Überleben grundsätzlich gesichert sei, würden die Gründe entfallen, um in die sowieso schon überfüllten Städte zu ziehen. Man könnte den Garten des Nachbarn beaufsichtigen, auf Kinder aufpassen und beim Hausbau anderer helfen. Zudem würden dann Eltern ihrem Nachwuchs den Schulbesuch erlauben, da der Verdienstausschlag der Kinder zu verkraften wäre. Aus europäischer Sicht hört sich das alles reichlich naiv an. Allerdings sollte man anerkennen, daß fremde Kulturen eben nicht nach unserer Logik funktionieren und direkt an die Afrikaner gezahlte Entwicklungshilfe oder die Vergabe von Mikrokrediten allemal besser wäre als die Subventionierung zwielflichtiger NGOs oder Regierungen.

Mit *Die Welt neu bewerten* ist Alexander Dill ein Buch gelungen, das eine kontroverse Diskussion

verdient hat. Einige seiner Vorschläge wie die Einrichtung eines Weltfinanzamtes kann man schnell ad acta legen. Sein Grundgedanke bleibt dennoch richtig: »Nicht-materielle Güter wie das soziale Klima, Solidarität und Gemeinsinn, Hilfsbereitschaft, Freundlichkeit und Gastfreundschaft müssen nicht in Fremdwährungen gekauft werden. Sie sind – zusammen mit den Gemeingütern Luft, Erde und Wasser – natürliche soziale Ressourcen. Sie können weder geraubt werden noch durch Beleihung in die Sklaverei führen.«

Würden unsere Politiker und Unternehmer diese drei Sätze auch nur ansatzweise beherzigen, kämen wir bei der Lösung nationaler wie globaler Probleme endlich einmal bedeutend voran. Voraussichtlich aber können sie sich vom Wachstumszwang bis zu dem Tag nicht befreien, an dem die Blase platzt.



Der Kampf gegen die Überbevölkerung

Zwischen 1990 und 1995 lag die durchschnittliche Kinderzahl in Äthiopien noch bei sieben. In den letzten fünf Jahren waren es dagegen nur noch vier. Ähnliche Fortschritte im Kampf gegen die Überbevölkerung sind in Ruanda, Dschibouti, Kap Verde und einigen anderen Ländern zu verzeichnen.

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat nun untersucht, wie es dazu kam. Das Ergebnis: Gute Regierungsführung und Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Arbeitsmarkt und Gleichberechtigung sind völlig ausreichend, um signifikante

Verbesserungen der Lage zu erzielen. Das heißt: Der Kampf gegen die Überbevölkerung ist kein Hexenwerk und Zwangsmaßnahmen sind nicht nötig.

In Äthiopien etwa habe die Regierung in allen Gemeinden Gesundheitsstationen eingerichtet und Tausende Gesundheitshelferinnen ausgebildet. Neben dem Geburtenrückgang sank so auch die Kindersterblichkeit um mehr als die Hälfte.

Die Studie über »Afrikas demografische Vorreiter« kann auf der Internetseite des Berlin-Instituts kostenlos heruntergeladen werden.

DER CANTILLON-EFFEKT

von Martin Stirner

In der Gesellschaft soll es eine ersichtliche Umverteilung des Wohlstands von armen zu reichen Menschen geben. Wen Linke dafür verantwortlich machen, ist klar: »Ausbeuterische« Großkonzerne und Privatbanken. Ist das aber wirklich so? Martin Stirner begibt sich auf die Suche nach der tatsächlichen Ursache – und das Ergebnis wird für viele überraschend sein.



Mario Draghi, Präsident der EZB
Bildquelle: World Economic Forum,
CC BY-SA 2.0

Es ist der 18. Juni 2019. An diesem Tag ist eigentlich alles wie gewohnt. Während der Florist seine Tulpen gießt, der Lehrer alles dafür tut, daß seine Klassenstufe nicht durchfällt und Polizisten Streife laufen, geht etwas vor, was fundamentale Bedeutung hat: Der Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) wird auf null Prozent gehalten, doch ihr Präsident Mario Draghi will die Geldpolitik trotzdem weiter lockern.

Viele Bürger werden das auf den ersten Blick als eine eher unwichtige Nachricht wahrnehmen, aber genau das verdeutlicht bereits das Problem: Die Mehrheit der Bevölkerung zeigt kein Interesse an der totalen Enteignung. Dieses Desinteresse ist eine Folge staatlicher Lehrpläne, die über Zentralbanken und Staatsverschuldung kaum ein Wort verlieren. Und wenn es überhaupt besprochen wird, dann höchst mathematisiert und unkritisch.

Der typische Deutsche ist heutzutage nur allzu oft ein staatshöriger Depp, der am liebsten mehr Steuern abführen würde, als er eh schon zahlt. Auf diesen Etatismus wurde jeder Einzelne von Kindesbeinen an dressiert. Die Deutschen sind es nicht anders gewohnt, die Sklaven eines autoritären Systems zu sein und ihr rechtmäßiges Eigentum für das »Wohl der Gesellschaft« konfiszieren zu lassen. Zuerst waren es die Nazi-Schergen, welche auf Basis der Ethnie und Religion enteignet haben. Dann kamen zumindest im Osten die Kommunisten, die auf Basis des persönlichen Wohlstandes enteigneten.

Um ihren weniger produktiven Wählern eine Schimäre von Gerechtigkeitsgefühl zu verleihen, nahmen sie die produktiven Gruppen der Gesellschaft aus. Und wenn dann das Raubgut verbraucht war, sollten auch arbeitende Mittel- und Unterschicht enteignet werden. Der eigene Untergang war somit nur eine Frage der Zeit. Das Problem war nur, daß jeder das Spielchen mitmachen mußte, unabhängig von seinen persönlichen Vorstellungen.

Das heutige System ist recht ähnlich, obwohl es nicht mehr auf dem Mechanismus der direkten Enteignung basiert wie in sozialistischen Staaten. Die Entschuldigung ist aber die gleiche: Wie immer geht es darum, »Schwachen« zu helfen und das »Wohl der Gesellschaft« zu steigern. Mit der

Zeit wurde diese Lüge immer dreister und effizienter verkauft: Man spricht von Dingen wie »sozialer Gerechtigkeit« und wenn man gerade keine Idee hat, dann denkt man sich einfach selber Konstrukte wie zum Beispiel den »Generationenvertrag« aus. Nun serviert man es dem deutschen Stimmvieh auf einem silbernen Tablett und wartet, bis die »Kötterrasse« sich auf das Häppchen stürzt. Leider ist dies aber immer mit etwas vergiftet, was man als »Fiat Money« oder »wertloses Schuldgeld« bezeichnet.

Ein Großteil der Verbindlichkeiten, die durch den sogenannten »Sozial«-Staat entstehen, wird seitdem durch künstlich geschaffenes Geld der Zentralbank ausgeglichen, kurz gesagt: Staatsschulden entstehen. Diese Schuldenanhäufung hat seit Ende der 60er nicht aufgehört, so daß wir uns jetzt bei einer Verschuldung von knapp 70 Prozent des Bruttoinlandsproduktes befinden. Hätte man in der Zwischenzeit nicht die Umsatzsteuer erhöht, die Gewerbesteuer eingeführt oder die Agenda 2010 durchgewinkt, dann wäre Deutschland heute ein Venezuela z. o.

Am Ende war es also die hart arbeitende Bevölkerung, die mehr zahlen mußte. Der nicht angepaßte Spitzensteuersatz trifft heute schon Einkommen, die nur etwa 30 Prozent höher sind, als der typische Bruttolohn. 1960 galt er erst bei 1500 Prozent des Durchschnittslohns. Der massive Ausbau des Sozialstaates auf heute fast 1.000 Milliarden Euro (bei einem BIP von 3.200 Milliarden) hat also keine »soziale Gerechtigkeit« geschaffen. Er hat die Ungerechtigkeit sogar verschärft.

Die breite Bevölkerung ist an Themen wie Geldschöpfung aufgrund der Mathematisierung der Ökonomie und unseres Schulsystems völlig desinteressiert.

Ein Systemwechsel würde eine Sanierungskrise auslösen.

Zu der Erhöhung direkter und indirekter Abgaben an den Staat kommt noch die Inflation, die wenigstens die Hälfte der realen Lohnsteigerung frißt. Die andere Hälfte wird dann von der kalten Progression übernommen. Daraus ergeben sich fast schon tragische Werte: Heute ist der durchschnittliche Reallohn maximal um zwei Prozent höher als im Jahr 2000. Auf der anderen Seite bemerkt der Verbraucher aber eine immer größer werdende Verteuerung im Einzelhandel, Immobiliensektor und anderen Wirtschaftsbereichen.

Das liegt an der expansiven Geldmengenpolitik der Europäischen Zentralbank, die bewußt auf Preissteigerung ausgelegt wurde. All dies tut man in der Annahme, diese dirigistische Krisenerzeugungspolitik könne den Wettbewerb anregen oder den Output der Wirtschaft steigern. Letztendlich trägt der arbeitende Bürger die Kosten der verfehlten linken Fiskalpolitik.

Dreister wird es noch, wenn es um die Finanzierung der Staatsschulden geht. Und hier kommen wir wieder zum Anfang des Artikels: Der Leitzins ist für den Staat der Zins, den er auf seine Schulden zahlt, was heute bedeutet, daß er auf neue Kredite fast keine Zinsen zahlen muß. Auf der anderen Seite heißt das für Geschäftsbanken: Sie können nur noch sehr wenig Geld durch Kredit- oder Darlehenszinsen verdienen. Daher werden dann beispielsweise die Zinsen auf privaten Sparkonten de facto in den Minusbereich gesenkt, um diese Lücke zu füllen. Eine massive Expansion des Sozialstaats und damit verbundene hohe Staatsverschuldung führen so noch stärker zum Schwinden des Wohlstands der Mittelschicht –

die Bürger werden zugunsten des Staates kalt enteignet.

Dazu kommt der sogenannte Cantillon-Effekt: Das neu in den Markt einströmende Geld kommt immer erst bei denen an, die der direkten Quelle am nächsten sind. Es verteilt sich nicht gleichmäßig. Das führt dazu, daß die oberen zehn Prozent, die zum Beispiel ihr Unternehmen durch Kredite finanzieren, begünstigt werden, da sie das Geld vor Eintritt in den Währungskreislauf erhalten. So profitieren sie von den noch günstigeren Preisen, bis das Geld dann, nachdem es ausgegeben wurde, in den Umlauf gerät und eine Preisinflation hervorruft. Dieser Vorgang macht die Reichen reicher und die Armen ärmer und ist einer der Gründe für die Einkommensungleichheit.

Die Symptome unserer heutigen Zeit resultieren nicht aus dem Mangel an staatlicher Intervention. Sie entstehen genau aufgrund von Intervention, allen voran in der Finanzpolitik. Es ist ergötzend und traurig zugleich, wenn man Linke jeden Tag von »menschlichen Lösungen« oder »sozialen Programmen« reden hört, obwohl man sich bewußt ist, daß dieser Staat schon längst jene Programme abgearbeitet hat. Die Menge des Giftes zu erhöhen, würde nur einen schnelleren Tod bewirken – und auch die Leichenaufbereitungsanlage EZB könnte auf lange Sicht nichts daran ändern. Trotzdem folgen ökonomisch unbedarfte Linke wieder und wieder den gleichen pseudo-sozialen Trugbildern und das ökonomisch noch unbedarftere Volk läuft fröhlich mit ins Verderben. Dieser Trugschluß muß beendet werden!

Unsere miserable Lage und der endgültige fiskalische Zusammenbruch des deutschen Staates können aber nicht mehr lange verhindert werden. Es müßten schnell Schritte zur Beseitigung des Schuldenhaufens und die Reduktion der Verbindlichkeiten eingeleitet werden. Schließlich handelt es sich um mindestens sieben Billionen Euro. Mit »Reduktion« ist hier keine armselige FDP-Aktion wie die »Verschlankung der Bürokratie« gemeint, sondern eine massive Kürzung der Sozialausgaben auf wenigstens ein Achtel dessen, was wir heute haben. Die Sozialleistungen sollten nur dort ankommen, wo sie dringend nötig sind. Den Euro kann Deutschland nicht behalten, denn die EZB wird sicherlich bis zum bitteren Ende auf

ihre Niedrigzins-Schuldenumverteilungspolitik setzen.

Bei Verlassen des Euroraums und Umstieg auf eine stabile, goldgedeckte Nationalwährung steht eine drei- bis fünfjährige Rezession vor der Tür, da aufgrund der Leitzinssteigerung unrentable Unternehmen Konkurs gehen. Der österreichische Ökonom Friedrich August von Hayek bezeichnete eine solche Rezession als »Sanierungskrise«. In dieser Zeit könnte die Arbeitslosigkeit auf über fünfzehn Prozent steigen – die ersten Jahre würden also hart werden.

Und genau an diesem Punkt hätten die Linken schon wieder eine Wahl gewonnen, sie würden den Prozeß zurückdrehen, der von der letzten, vernünftigen Regierung begonnen wurde. Die Bevölkerung hat in solch einer Sanierungskrise

keine Geduld. Sie will sofortige Ergebnisse. Sie ist wie der Drogensüchtige in einer Ausnüchterungszelle. Die Droge ist jedoch kein Heroin, sondern es handelt sich um staatliche Sozialleistungen. Die bedeutendste Frau, die den Spagat zwischen Beliebtheit und ökonomischer Reform gemeistert hat, war Margaret Thatcher. Dank des britischen Sieges über die Falklandinseln wurde sie trotz wirtschaftspolitischer Unbeliebtheit knapp im Amt bestätigt und konnte Großbritannien wieder zukunftsfähig machen.

Leider hat Deutschland keine Falklandinseln und eine weitaus antiliberalere Bevölkerung. Trotzdem bleibt zu hoffen, daß sich das Blatt wenden wird und der freie Bürger endlich dazu kommt, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen.

Kardinalfehler der EU

Neben dem Euro ist ein weiterer Kardinalfehler in der EU-Konstruktion die Steuerpolitik. Für vieles gibt es gemeinsame Maßstäbe und Regelwerke. Einheitliche Steuersätze gibt es hingegen nicht. Mit fatalen Folgen: Umso höher die Steuerlast eines Landes, desto größer der Finanzierungsbeitrag zum EU-Haushalt. Paradebeispiel Deutschland: Deutsche Bürger leiden unter einer der weltweit höchsten Abgabenquoten und müssen dann dabei zusehen, wie ihre Steuergelder in Länder mit weit niedrigeren Steuersätzen fließen.

Die Autoren Matthias Weik und Marc Friedrich fragten dazu passend bei *Telepolis*: »Warum musste 2017 eine deutsche Familie mit zwei Kindern und einem Verdienener im Schnitt 21,7 Prozent Steuern bezahlen und eine irische Familie nur 1,2 Prozent und eine polnische sogar -4,8 Prozent? Wie viel würde Deutschland eigentlich als größter Nettozahler an die EU überweisen, wenn wir in Deutschland irische Steuersätze hätten?«

Weik und Friedrich prognostizieren deshalb ein »großes Beben«. Das könnte die EU-Institutionen vielleicht noch aus dem Tiefschlaf reißen.

Auf dem internationalen Parkett steht die EU ohne visionäre Entwürfe und zukunftsweisende Großprojekte da. Andere Wirtschaftsräume ziehen vorbei: Zu gigantischen Infrastrukturprojekten wie der Neuen Seidenstraße ist EU-Europa unfähig geworden.

Es ist – im Gegensatz zu China und den USA – nicht mehr in der Lage »in großen Dimensionen zu denken«, wie der Sinologe Marcus Hernig im **Recherche D-Interview** (Heft 5) bemerkte.

Das hohle Pathos vom »Friedensprojekt« hilft da auch nicht weiter. Die wirtschaftspolitischen Grundlagen der EU müssen reformiert werden, so daß sich die europäischen Völker nicht mehr als Schuldner und Gläubiger gegenüberstehen. Der europäische Binnenmarkt ist zu fördern, eine Schulden- und Transferunion abzulehnen.

Europa muß sich zudem seiner Rolle als weltpolitischer Akteur wieder bewußt werden. Es muß lernen in geostrategischen Dimensionen zu denken, ohne das Subsidiaritätsprinzip dabei aus den Augen zu verlieren. Es braucht mutige Großprojekte – etwa zur Ressourcensicherung – und eine entschlossene Politik der Grenzsicherung.

WORUM GEHT ES BEIM BREXIT?

von Lothar W. Pawliczak

Seit Monaten wird über den Brexit debattiert. Kommt er? Wenn ja, zu welchen Bedingungen? Oder wird er in letzter Sekunde doch noch abge-sagt? Sicher ist: Ohne Großbritannien verliert die EU international an Gewicht und auch finanziell wird man den Gürtel enger schnallen müssen. Andererseits läßt sich nicht leugnen, daß ent-schiedener Widerspruch gegen die zunehmenden Zentralisierungsbestrebungen in der EU in letzter Konsequenz Austritt bedeutet.

Man muß den Brexit trotzdem bedauern, weil damit eine wichtige Stimme der nordischen EU-Länder wegfällt, deren Wirtschafts- und Staatshaushaltspolitik eine andere ist als im Sü-

den. Man sollte aber wohl entsetzt sein über die kampagnenartigen Krisenprognosen für Großbri-tannien seitens führender EU-Politiker und ihrer Medien, die schon im Vorfeld der Brexit-Volksab-stimmung einsetzten. Man mag wohl vermuten, daß da böswillige Wünsche der Gedanken Väter waren. Man war auf jeden Fall irritiert ob des bri-tischen Unterhauses, das lange zu allen Optionen Nein sagte.

Man mag sich verwundert zeigen, daß über den von ihr ausgehandelten Austrittsvertrag, für den es im Parlament keine Mehrheit gab, die Partei- und Regierungschefin gestürzt wurde. Ihr Fehler war es wohl, als die EU es ablehnte, gleichzeitig und parallel zum Austrittsvertrag auch über die künftigen Beziehungen zu verhandeln, nicht ge-sagt zu haben: Dann halte ich es für sinnlos, über-haupt zu verhandeln.

Die britische Demokratie geht etwas anders als die unsere. Steht es uns an, über eine Volksver-tretung zu urteilen, die immerhin die älteste exis-tierende parlamentarische Institution ist und seit ihren Ursprüngen anders funktioniert als unsere deutsche Fraktionsdemokratie mit vorformulierten Reden und Abstimmungen nach Parteilraison?

Was ist nun unser Interesse mit Bezug auf den Brexit? Auf jeden Fall, daß die Handels- und Wirt-schaftsbeziehungen mit Großbritannien so gut bleiben wie bisher. Merkwürdigerweise waren Stimmen, die das geltend machten, selten und

**Mit übergeordneten
Instanzen haben
die Briten aus
demokratischen
Gründen ein Problem.**

sind ohne Echo geblieben. Wie die EU mit der britischen Regierung umging, wie die kontinentalen Leitmedien gegen den Brexit Propaganda machten, hat die *Brexiters* offensichtlich nur entschlossener gemacht. Könnte es sein, daß wir Kontinentaleuropäer die Briten mißverstehen und die Ursache des Brexit viel tiefgründiger ist, als es selbst oberflächlich in der britischen Öffentlichkeit erscheint?

Das englische Rechtsverständnis ist ein anderes als das zentraleuropäische: Das englische Recht ist traditionelles Recht, man könnte auch sagen Gewohnheitsrecht. Die Vorstellung, wie sie in Kontinentaleuropa vorherrschend ist, daß ein allgemeines, übergeordnetes (ursprünglich gottgegebenes) Recht existiert, leitet sich von der Entdeckung des *Codex Iustinianus* und dem daraus in Bologna entstandenen Studium beider Rechte – Kirchenrecht und weltliches Recht; letzteres dann *Corpus iuris civilis* genannt – ab.

Die Vorstellungen in England sind da anders: Das Recht wird durch das Parlament gesetzt und im Einzelfall von den Gerichten »gefunden«. *The Court has found*, ist die traditionelle Einleitungsformel von Gerichtsurteilen in England. Das englische Parlament ist also an kein »höheres Recht«

gebunden. Konsequenterweise gibt es daher auch kein englisches Verfassungsgesetz. Auch die Richter stehen nicht über oder neben dem Parlament. Die obersten Richter – die Lordrichter – waren im traditionellen System selbst Parlamentarier, nämlich *Member of the House of Lords*.

Dieses unterschiedliche Rechtsverständnis ist der eigentliche Kern des Konflikts mit der EU: Für Engländer ist es nicht akzeptabel, daß es eine über dem Parlament stehende gesetzgebende (Europäische Kommission) und rechtsprechende (Europäischer Gerichtshof) Instanz geben soll. Auch der König bzw. die Königin steht nicht über dem Parlament, sondern ist »King in Parliament«.

Die Frage, ob es ein allgemeines, übergeordnetes Recht – sei es nun aus dem »Friedensprojekt Europa« oder aus den allgemeinen Menschenrechten abgeleitet – gibt, nachdem sich die einzelnen Staaten zu richten haben und dem gegenüber sie nicht souverän sind, wird die Europäische Union auch nach dem Brexit beschäftigen.

Es ist die politische Gretchenfrage: Nun sag, wie hast du es mit Recht und Gesetz? Du bist ein herzlich guter Mann, Allein ich glaub, du hältst nicht viel davon.

Parlamentssitz Westminster in London



DIE MEISTERPFLICHT IM DEUTSCHEN HANDWERK

von Udo Nistripke

Deutschland und mit ihm einige Nachbarländer unterscheiden sich von anderen Ländern durch historisch gewachsene, organisierte Strukturen in vielen Wirtschaftsbereichen. Dazu gehören Institutionen wie Innungen und Kammern, und als wesentliche Elemente die Sonderrolle und institutionelle Verfaßtheit des Handwerks und das Ausbildungswesen.

Die Abgrenzung des Handwerks von anderen Gewerbebezweigen geschieht dabei rein formal, auf Basis einer Liste mit dazugehörigen Berufen. Es gibt laut Handwerksordnung 41 zulassungspflichtige, 53 zulassungsfreie und 57 handwerksähnliche Gewerbe. Nur bei den zulassungspflichtigen Handwerken wird ein Qualifikationsnachweis (Meisterbrief) gefordert. Bei den anderen Gewerben gibt es solche Beschränkungen nicht. Es gibt etwa eine Million Handwerksbetriebe, in denen rund 5,5 Millionen Menschen arbeiten und etwa 370.000 Lehrlinge ausgebildet werden.

Das entspricht einem Anteil von 12 Prozent aller Erwerbstätigen und 22 Prozent aller Auszubildenden in Deutschland. Der Umsatz aller Handwerksbetriebe beträgt netto über 600 Milliarden Euro. Nur historisch ist zu erklären, warum es z. B. ein Bäckerhandwerk gibt, aber kein »Kochhandwerk«. Auch die Betriebsgröße gehört nicht zur Definition. Gleichwohl gilt die Grundregel, daß größere Betriebe eher keine Handwerksbetriebe sind.

Ich möchte mich hier aber nicht mit organisatorischen Feinheiten beschäftigen, sondern die historische Entwicklung und die Bedeutung des Handwerks für Wirtschaftsstruktur und insbesondere für die Ausbildung in den Blick nehmen.

1. Historische Entwicklung seit dem Mittelalter
Handwerk als Beruf entsprang der Arbeitsteilung, als bestimmte Tätigkeiten im Dorf (z. B. Schmiede) von spezialisierten Personen ausgeübt wurden. So war es im Mitteleuropa des frühen Mittelalters, vor mehr als 1.000 Jahren. Ich übergehe hier die Zeiten des römischen Reichs mit einem weitentwickelten Städtenez mit ausdifferenzierten Handwerken ebenso wie den Vergleich mit Gebieten außerhalb Kerneuropas. Diese Arbeitsteilung wurde mit der Ausbildung des mittelalterlichen Städtewesens verstärkt, und es bildeten sich neue Handwerke.

Eine Besonderheit dieses Handwerks war der Zusammenschluß der Handwerksmeister in Innungen und Zünften. Im Kampf mit Stadtoberen (Patriziern) und dem jeweiligen Landesherrn erhielten diese Zusammenschlüsse auch politische Macht. Ihre Rechte und Pflichten sowie die innere Ordnung wurden in »Privilegien« festgehalten. Diese wurden durch den jeweiligen städtischen Rat bzw. den Landesherrn bestätigt. Geregelt wurden z. B. die Modalitäten der Aufnahme in die Innung, die mit dem Recht auf Berufsausübung

identisch waren, und auch soziale Belange, z.B. die Altersvorsorge.

Mit dem Beginn der industriellen Revolution wurden diese Verhältnisse umgestürzt. Die Gewerbefreiheit wurde eingeführt: in Preußen 1810 im Zuge der Stein-Hardenbergschen Reformen. Im von Napoleons Bruder Jerome beherrschten Königreich Westfalen wurden 1809 sogar die Innungen verboten. In einigen deutschen Ländern geschah dies deutlich später, z.B. in Sachsen, Baden, Bayern und Württemberg zwischen 1861 und 1868. 1869 wurde die Gewerbefreiheit für den gesamten Norddeutschen Bund einheitlich geregelt. Diese Entwicklung vollzog sich gegen Proteste aus dem Handwerk. Gewerbefreiheit bedeutet, daß jeder (von Altersbeschränkungen u. ä. abgesehen) ein Gewerbe eröffnen darf. Es gibt also keine Beschränkungen in Bezug auf die Qualifikation der Inhaber, in Bezug auf die Anzahl der bereits vorhandenen Betriebe (Marktsättigung) und in Bezug auf die ständische Herkunft mehr.

Dies und die Konkurrenz industrieller Produkte trugen vielfach zur Verarmung bei. Nicht umsonst sind sozial motivierte Aufstände mit verarmten Handwerkern verbunden. Beispiele dafür sind die Aufstände gegen die Wollspinnereien in Nottingham (Ludditenbewegung 1811 ff.), die Aufstände der Seidenweber in Lyon (1831, 1834) und der schlesische Weberaufstand von 1844. Auch erste kommunistische Bewegungen gehen häufig auf verarmte Handwerker zurück. »Die meisten der etwa 500 Mitglieder des Bundes der Kommunisten waren wegen ihrer politischen Haltung aus den deutschen Staaten emigrierte oder ausgewiesene Handwerkeresellen«, heißt es dazu bei Wikipedia.

Im deutschen Sprachraum gab es jedoch im Laufe des 19. Jahrhunderts eine Sonderentwicklung: Die Handwerksinstitutionen wie Innungen wurden wieder gestärkt. 1882 hatte sich der Allgemeine Deutsche Handwerkerbund gebildet, der Zwangsinnungen und den Meisterbrief als Voraussetzung für die Selbständigkeit forderte. Nach langjähriger Diskussion wurden Handwerkskammern mit Pflichtmitgliedschaft durch das »Gesetz, betreffend die Änderung der Gewerbeordnung« (Handwerkergesetz) von 1897, eingeführt. Dieses Gesetz regelte auch die Tätigkeit

der Innungen und die Möglichkeit der Einführung von Zwangsinnungen nach Genehmigung durch die Verwaltungsbehörde (dann müssen alle Handwerker eines Gebietes in einem Beruf Mitglied der Innung sein). 1908 wurde mit dem »kleinen Befähigungsnachweis« bestimmt, daß nur Meister ausbilden dürfen. Höhepunkt dieser Entwicklung war die Einführung des »großen Befähigungsnachweises« 1935. Ab da galt mit gewissen Ausnahmen, daß nur Meister einen Handwerksbetrieb führen dürfen. Dies wurde in der westdeutschen Handwerksordnung von 1953 (»Gesetz zur Ordnung des Handwerks«) wieder bestätigt. Diese mußte übrigens damals noch den westlichen Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt werden. Das war gar nicht so einfach durchzusetzen, hatten doch z.B. die Amerikaner in ihrer Besatzungszone nach 1945 die unbeschränkte Gewerbefreiheit eingeführt.

Später, 1965, kamen noch die handwerksähnlichen Berufe (ohne Meisterpflicht, aber in der Regel auch ohne Ausbildung und Ausbildungsgang) hinzu. 1990 wurde die Handwerksordnung auch für das Gebiet der ehemaligen DDR übernommen. 2004 wurden die zulassungsfreien Gewerke eingeführt und dazu 53 bisher meisterpflichtige Gewerke diesen zugeordnet. Eine teilweise Rücknahme dieser Reform ist im Gespräch, da sich bei

Weberhaus in Augsburg.

Bildquelle: Luobo888, Wikipedia, CC BY-SA 4.0



einzelnen Gewerken wie z.B. Fliesenlegern negative Folgen der Aufhebung der Meisterpflicht zeigen: Massive Zunahme von Ein-Mann-Betrieben bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl größerer Betriebe, dadurch geringere Leistungsfähigkeit, Zusammenbruch der Ausbildung, Qualitätsprobleme und geringe Lebensdauer der Betriebe.

Blickt man zurück auf die Zeit vor der Einführung der Gewerbefreiheit, ist festzustellen, daß sich die Beschränkungen seit dem Zweiten Weltkrieg ausschließlich auf die Qualifikation der Inhaber beziehen. Beschränkungen in Bezug auf die Marktsättigung oder die Herkunft aus einem sozialen Milieu gibt es nicht. Nur bei den Schornsteinfeuern gibt es noch geringe Einschränkungen durch die sogenannten Kehrbezirke. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache ist die Einschränkung der Gewerbefreiheit durch die Handwerksordnung nur sehr gering. Im Gegensatz zum Mittelalter und der frühen Neuzeit gibt es keine Personen, die von einer Tätigkeit im Handwerk grundsätzlich ausgeschlossen sind. Bereits tätige Handwerker haben keine Handhabe, neu hinzukommenden Handwerkern die Tätigkeit zu verbieten. Zwingende Preis- und Mengenabsprachen gibt es ebenfalls nicht.

Das Handwerk kann sich auf die Zustimmung von Ludwig Erhard, dem Protagonisten der sozialen Marktwirtschaft, berufen. Er sah in ihren Restriktionen kein Hemmnis, sondern einen Stützpfiler. Eher für eine Aufhebung dieser Restriktionen steht hingegen die Monopolkommission der Bundesregierung, wie aktuell in deren Stellungnahme vom Januar 2019 deutlich wird.

Blickt man über die Grenzen des Handwerks hinaus, sind Marktbeschränkungen ähnlicher Art durchaus üblich. Diese sind z. B. in den §§ 29 bis 38 der Gewerbeordnung geregelt. Dazu zählen Tä-

tigkeiten als Arzt oder Apotheker, Steuerberater oder Anwalt, wo es Qualifikationsvoraussetzungen gibt. Der Beruf des Notars unterliegt noch stärkeren Beschränkungen. Bestimmte Gewerbe wiederum erfordern eine staatliche Konzession: Dazu gehören Spielbanken, Gaststätten, Bordelle, Krankenhäuser, Taxi- und Verkehrsunternehmen ebenso wie Immobilienmakler sowie der Betrieb von Banken (§ 32 des Kreditwesengesetzes).

2. Ausbildungssystem als unterscheidendes Merkmal der deutschen Ordnung des Handwerks

Die Besonderheit der deutschen Handwerksordnung liegt nicht so sehr in der Beschränkung des Zugangs zu einem Gewerbe. Der Hauptunterschied ist die Verknüpfung der Zugangsbeschränkung mit der Berufsausbildung. Andere Länder kennen nur eine Ausbildung an Hochschulen oder eine Art Anlernen im jeweiligen Betrieb, manche zumindest eine Art Berufsschule – aber eine Berufsschule ohne Verbindung zu konkreten Betrieben. »Das deutsche duale System der Berufsbildung unterscheidet sich wesentlich von fast allen anderen europäischen Berufsbildungssystemen: Deutschland verfügt über eine Tradition des Lernens durch Arbeit, während in anderen Staaten der Europäischen Union schulische Ausbildungsgänge den beruflichen Qualifizierungsprozeß junger Menschen bestimmen«, betont daher Ilona Zeuch-Wiese vom Bundesinstitut für Berufsbildung.

Das deutsche duale Berufsausbildungssystem zeichnet sich also durch folgende besondere Merkmale aus:

- duale Struktur der Ausbildung: es gibt zwei Lernorte mit unterschiedlichen Schwer-

»Der Handwerkerstand, der den Kern des Mittelstandes bildet, ist für ein Staatsleben notwendig.« Otto von Bismarck

punktsetzungen (Berufsschule – eher fachtheoretisch, und Betrieb – eher fachpraktisch). Zum Teil gibt es noch einen dritten Lernort, die überbetriebliche Lehrunterweisung (ÜLU). Diese dient der Vermittlung von grundlegendem fachpraktischem Wissen, um Unterschiede zwischen den Betrieben auszugleichen.

- duale Struktur der Zuständigkeiten: Die Ausbildung in den Betrieben wird durch die Betriebe organisiert, ihr rechtlicher Rahmen ist das Berufsbildungsgesetz (BIBB). Für die berufsbildenden Schulen sind die Länder zuständig. Die Ausbildungsordnungen werden allerdings vom Bund erlassen.
- Die Durchführung der Berufsausbildung regelt die zuständige Kammer (also die regional zuständige Handwerkskammer, im nichthandwerklichen Bereich auch die IHKn, die Landwirtschaftskammern usw.). Dort werden die Lehrlingsrolle und das Verzeichnis aller Berufsausbildungsverhältnisse geführt sowie die Prüfungen organisiert. Zur Beratung und Kontrolle gibt es Ausbildungsberater.
- Die Finanzierung erfolgt ebenfalls gemischt: Die Berufsschulen werden öffentlich finanziert, die betriebliche Ausbildung und die Ausbildungsvergütung durch den Betrieb selbst. Die überbetriebliche Ausbildung wird durch Bund und Länder mitfinanziert. In einigen Gewerken gibt es ein Umlagesystem, durch das sich alle Betriebe an den Kosten der Ausbildung beteiligen.

In Deutschland existiert somit ein staatlich gestütztes Berufsschulsystem, das nicht Teil des Hochschulwesens ist und konkret für ein bestimmtes Berufsbild ausbildet. Der Besuch der Berufsschule ist mit dem Ausbildungsvertrag bei einem Gewerbebetrieb verbunden. Der Gewerbebetrieb muß die dafür notwendigen Voraussetzungen nachweisen, z. B. die Ausbildereignung, die in Handwerksberufen Bestandteil des Meisterbriefes ist.

Im übrigen gibt es in Deutschland nicht nur handwerkliche Ausbildungsberufe. Das Bundes-

institut für Berufsbildung verzeichnete im Jahr 2018 insgesamt 327 anerkannte Ausbildungsberufe nicht nur in Handwerk und Industrie, sondern auch z. B. im öffentlichen Dienst, in den freien Berufen und in der Landwirtschaft.

3. Vorteile des deutschen Ausbildungssystems

Die Kombination von praktischer und theoretischer Ausbildung und die Anbindung an einen ausbildenden Betrieb, der den Lehrling nach der Ausbildung als Geselle übernehmen kann, birgt viele Vorteile. Der Übergang ins Berufsleben ist unkomplizierter, was zu einer geringeren Jugendarbeitslosigkeit führt. Die Gesellen (das sind Lehrlinge nach bestandener Prüfung) sind für den betrieblichen Alltag – den sie ja schon aus ihrer Ausbildung kennen – gut brauchbar, gleichzeitig haben sie ein breites fachliches Wissen, nicht nur eine »Schmalspurausbildung« entsprechend den Bedürfnissen des jeweiligen Betriebes.

Der Gesellenbrief stellt bei einem Betriebswechsel potenziellen neuen Arbeitgebern eine brauchbare Orientierung über die Fähigkeiten des möglichen Arbeitnehmers. Die Kosten bei der Arbeitskräftesuche sinken also. In anderen Ländern gibt es gar keine berufliche Ausbildung oder eine Berufsausbildung an Berufsschulen ohne Anbindung an einen Betrieb. In den Betrieben findet nur eine situationsbezogene Einarbeitung bezogen auf die konkrete Bedarfslage statt.

Wie bei jedem Regelwerk gibt es natürlich nicht nur Vorteile des deutschen dualen Ausbildungssystems. Manche Kritik sieht durchaus den Vorteil beim Übergang in den Arbeitsmarkt und die entsprechend geringere Jugendarbeitslosigkeit. Jedoch stünden dem im späteren Berufsleben Nachteile gegenüber: Die auf einen Beruf fokussierten Arbeitskräfte wären wenig flexibel und könnten schlechter auf andere Berufsfelder wechseln, wenn sich die Rahmenbedingungen total ändern. Zum Beispiel könnten hochqualifizierte Arbeiter im Kohlebergbau als ältere Arbeitnehmer sehr schwer eine adäquate Beschäftigung außerhalb des Bergbaus finden.

Als wichtige Vorteile des deutschen Berufsausbildungssystems schälen sich heraus: Die Ausbildung orientiert sich am Bedarf der Betriebe, der Übergang von der Ausbildung zum Beruf



(»zweite Schwelle«) wird dadurch einfacher. Und: Technisch-organisatorische Änderungen der Arbeitswelt fließen relativ schnell in die Ausbildung ein. Als Nachteil kann die Konjunkturabhängigkeit gelten. Bei schlechter wirtschaftlicher Lage bilden Betriebe tendenziell weniger aus als notwendig, bei guter Lage – wie aktuell – finden die Betriebe nur schwer Nachwuchs. Auch ist der Abstimmungsbedarf angesichts der vielen Akteure relativ hoch.

4. Konflikte zwischen den unterschiedlichen Ausbildungssystemen im In- und Ausland

Als Beweis für die Vorteile des deutschen dualen Systems kann die Tatsache gelten, daß Deutsche mit dualer Berufsausbildung im Ausland als Fachkräfte begehrt sind. Umgekehrt ist es für Ausländer nicht selten schwierig, in einen deutschen Betrieb einzusteigen, da sie die dort üblichen und notwendigen Fähigkeiten und Zertifikate nicht mitbringen.

Versuche, das deutsche Ausbildungssystem ganz oder in Teilen zu kopieren, gibt es durchaus. Dessen Einführung im Ausland gestaltet sich jedoch als schwierig: Da viele Länder »berufliche Ausbildung« nicht kennen und nur Hochschulausbildung einerseits und angelernte Hilfsarbeiter andererseits kennen, gibt es zahlreiche mentale Vorbehalte gegen einen »sozialen Abstieg«.

In China z. B. wird handwerkliche Ausbildung an Hochschulen gelehrt. Es handelt sich also formal um ein Studium und nicht um eine Ausbildung. Auch braucht man zur Umsetzung des deutschen Modells eine Unternehmerschaft, die

bereit ist, die zeit- und kostenträchtige Ausbildung auf sich zu nehmen – in der Erwartung, auf diese Weise qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen. Das funktioniert aber nur, wenn diese Erwartung zumindest teilweise erfüllt wird, d.h. die Fachkräfte nicht alle abgeworben werden, und wenn die ausgebildeten Gesellen sich nicht sofort selbständig machen können, da sie für den Lehrherrn eine zusätzliche Konkurrenz wären.

Das ist zum einen eine Frage der Mentalität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zum anderen eine Frage der Rahmenbedingungen. Die Meisterpflicht stellt eine solche Rahmenbedingung dar, die die sofortige Konkurrenz durch die frisch ausgebildeten Facharbeiter verhindert. Kürzlich machte der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Hans Peter Wollseifer, einen Vorschlag mit der gleichen Zielrichtung: Auszubildende in den ersten Jahren nach ihrer Lehre sollen den Betrieb nur dann wechseln dürfen, wenn der neue Arbeitgeber einen Teil der Ausbildungskosten übernimmt. Ähnliche Regeln gibt es bei Fußballern und hochqualifizierten Fachkräften in der Wirtschaft. Den Zusammenhang muß man sich klarmachen: Meisterpflicht und duales Ausbildungssystem bedingen einander. Man kann nicht nur den »Vorteil« (duales Ausbildungssystem) nehmen und den »Nachteil« Meisterpflicht nicht. Das scheint ein wesentliches Hindernis bei der Adaption des deutschen Systems im Ausland zu sein.

Aus Sicht dieses Auslandes – hier ist insbesondere das EU-Ausland gemeint – ist es also schwierig und sicher auch nicht immer gewünscht, das deutsche Modell zu übernehmen. Wer sich kulturell-mental in einem System eingerichtet hat, möchte dieses System erhalten. Um die Wettbewerbsgleichheit mit Deutschland dennoch zu erreichen, gibt es deshalb die Tendenz, das duale System zu unterminieren. Dies geschieht durch Angriffe auf die Zugangsbeschränkungen wie den Meisterbrief, die als nicht mit der EU-Niederlassungsfreiheit zu vereinbaren gebrandmarkt werden. Dazu zählen Bildungsvergleiche, z.B. der OECD, die ein gutes Bildungssystem am Anteil der Studienabsolventen an einem Jahrgang festmachen und deshalb Staaten mit einem Berufsausbildungssystem implizit als eher »rückschritt-

lich« einstufen. Diese Einstufung ist natürlich falsch, verfehlt aber dennoch nicht ihre Wirkung. Pro Student wird in Deutschland ein Vielfaches mehr an staatlichen Geldern ausgegeben als pro Lehrling.

In Kürze wird aufgrund von EU-Regelungen die Hebammenausbildung in Deutschland formal eine Hochschulausbildung, der Anteil der Hochschulabsolventen steigt. Ob die Wirkungen tatsächlich positiv sind, bleibt dabei nebensächlich. Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) will die Bezeichnungen für Handwerksabschlüsse durch Bezeichnungen gemäß dem Bachelor-Master-System ergänzen.

Gegenargumente kommen auch von den Befürwortern einer allgemeinen Gewerbefreiheit. Sie sehen in verpflichtenden Berufs- und Meisterausbildungen kostenträchtige Marktbehinderungen und glauben, am Markt würde sich schon ein Gleichgewicht zwischen dem Wunsch nach günstigen Preisen und dem nach hoher Qualität herausbilden. Und es ist ja nicht zu bestreiten: Die Wirtschaft in den USA oder Großbritannien funktioniert. In den USA gibt es dafür allerdings als »Ersatz« für die Qualitätskontrolle durch Ausbildungsnormen das System der horrend hohen Strafen bei einer fehlerhaften Leistung.

Und – bei aller Vorsicht einer globalen Bewertung – scheint es so zu sein, daß das deutsche System qualitätsfördernder ist als andere. Auch ist ein Zusammenhang zwischen dem typisch deutschen »Mittelstand« und dem Ausbildungssystem naheliegend: Viele Länder zeichnen sich durch eine Unternehmensstruktur aus, die auf der einen Seite große Unternehmen, auf der anderen Seite Kleinstunternehmen kennt. Die deutsche Wirtschaftsstruktur mit vielen Unternehmen mittlerer Größe, die häufig inhabergeführt und international wettbewerbsfähig sind, ist da etwas Besonderes.

5. Sollte Deutschland seine wirtschaftsstrukturellen Besonderheiten erhalten?

Das deutsche duale Ausbildungssystem stellt eine Ausnahme im Vergleich mit anderen Ländern dar. Von daher gibt es einen Druck zur Angleichung, d. h. zur Aufgabe des Systems. Auch ist gerade aus liberaler Sicht ein System, das die



Gewerbefreiheit einschränkt, begründungsbedürftig. Dem ist entgegenzuhalten, daß es schon aus wirtschaftlicher Sicht keinen Grund gibt, ein erfolgreiches System aufzugeben. Dazu kommen die politisch-kulturellen Gründe: Die Besonderheiten des Wirtschaftsstruktur sind ein Teil der deutschen Kultur. Allerdings heißt das nicht, daß wir Änderungen total ablehnend gegenüberstehen sollten.

Das Argument mit der Einschränkung der freien Berufswahl ist wenig zielführend. Es handelt sich nicht um eine Einschränkung, die es verbietet, ein Gewerk auszuüben. Es werden lediglich Qualifikationen gefordert, die im Prinzip von jedem erworben werden können. Das unterscheidet Qualifikationserfordernisse von ständestaatlichen Einschränkungen oder von Zulassung nur nach Genehmigung durch den Staat oder andere Marktakteure.

Auch außerhalb Deutschlands sind solche Beschränkungen – gleich welcher Art – durchaus üblich. Die Vorteile dieser wirtschaftsstrukturellen Besonderheiten sind greifbar. Ein besserer Übergang ins Berufsleben, eine breite, gut ausgebildete Facharbeiterschaft, dadurch eine geringere Lücke zwischen Akademikern und Nichtakademikern sowie ein leistungsfähiger Mittelstand haben unsere Wirtschaft stark gemacht. Die Aufgabe dieser Vorteile ist eindeutig abzulehnen. Sie wäre aber wohl mit einer Verringerung der tatsächlichen und mentalen Marktzugangsbarrieren für ausländische Unternehmen und Arbeitnehmer verbunden, so daß von dieser Klientel ein Abbau dieser Besonderheiten auch in Zukunft gefordert werden dürfte.

Atomkraft bietet wahrhaft grüne Energie

von Christian Schumacher

Unsere Wirtschaft und Gesellschaft hängt von nichts so sehr ab wie von elektrischer Energie. Ohne Strom würden keine Produktionsbänder laufen, keine Lebensmittel produziert werden und keine Züge fahren. Das Haus wäre kalt und der Kühlschrank warm. Kurz: Ohne Strom würde bei uns sehr schnell das Licht der Zivilisation ausgehen.

Über unzähligen Kilometern an Stromleitungen gelangt das wertvolle Gut von den Kraftwerken überall dahin, wo es benötigt wird. Dieses System ist aber zusehends in Gefahr. Der massive Ausbau der Erneuerbaren Energien kombiniert mit einem überstürzt beschlossenen Atomausstieg für 2022 nach dem Reaktorunglück in Japan 2011 und dem geplanten Kohleausstieg sowie der damit massiv einhergehende Rückbau konventioneller Kraftwerke haben das Risiko für Blackouts – flächendeckende Stromausfälle – erheblich ansteigen lassen. Auch ist heute eine durchgehende Versorgungssicherheit nicht mehr gegeben.

Nun hat die neue Klima-Prophetin Greta Thunberg unlängst bemerkt, daß Atomstrom »ein kleiner Teil einer sehr großen neuen kohlenstofffreien Energielösung« sein könnte. Damit hat sie wohl eine Debatte angestoßen, die schon längst überfällig ist. Und auch wenn sie auf Druck ihrer Jünger kurz darauf zurückruderte, steht die Frage dennoch im Raum: Ist Atomenergie eine Alternative zu Kohle und Gas auf der einen Seite

und grünen Experimenten andererseits? Um die Antwort gleich vorweg zu nehmen: Ich meine ja!

Atomkraftwerke bündeln einige Eigenschaften, die sie zu einer verlässlichen Energieversorgung der Zukunft machen könnte. So besitzt Uran, das übliche Brennelement, eine sehr hohe Energiedichte. Uran-235 hat das zwei- bis dreimillionenfache Energie-Äquivalent gegenüber Öl und Kohle enthalten. Sprich, in einem Kilogramm Natururan ist nach entsprechender Anreicherung in den üblichen Leichtwasserreaktoren so viel Energie zu gewinnen, wie aus knapp 10.000 Kilogramm Erdöl oder rund 14.000 Kilogramm Steinkohle. Dabei ist die Stromgewinnung aus Atomenergie im Gegensatz zu Gas, Kohle und Öl vollkommen emissionsfrei und im Vergleich zu Wind- und Solarstrom sehr lieferungsbeständig und regelungsfähig.

Entgegen der landläufigen Meinung ist die Energiegewinnung mittels AKWs sogar vergleichsweise sicher. So untersuchte eine Studie von »Next Big Future« die gängigen Energieträger in Bezug auf deren Gefährlichkeit für das menschliche Leben. Das Ergebnis: Kohle scheint das unsicherste Medium zu sein. Zumindest wurden hier statistisch 244 Tote pro produzierter Terawattstunde (TWh) ermittelt.

Gefolgt von Öl mit 52 Toten/TWh und Biomasse mit 50 Toten/TWh. Atomenergie schlägt mit stolzen 0,04 Toten pro Terawattstunde zu Buche.

Selbst Wasser-, Wind- und Solarkraft verursachen statistisch gesehen mehr Tote, nämlich einen, 0,15 und 0,1 Tote pro TWh. Dabei ist anzumerken, es handelt sich hier um weltweite Durchschnittswerte. So werden Kohlekraftwerke in Indien und Deutschland in einen Topf geworfen.

Auch ist zu beachten, daß neue Reaktortypen zunehmend sicherer werden. So zum Beispiel der Reaktortyp WWER-1200, der erstmals 2017 in Rußland seinen regulären Betrieb aufnahm und seither Strom ins russische Netz einspeist. Es handelt sich um einen Druckwasserreaktor der Generation III+, der für Erdbeben und Flugzeugabstürze ausgelegt ist und bei einem Stromausfall mehrere Tage ohne aktive Kühlung auskommt.

Fukushima wäre bei einem Reaktortyp dieser Bauweise gänzlich anders verlaufen. Auch Hannes Wimmer vom TÜV Süd, der den Reaktortyp für Siemens bewertete, resümiert: »Westliche Sicherheitsstandards werden eingehalten oder sogar übertroffen.« Reaktoren ähnlicher Bauweise hatten wir dabei in Europa und den USA schon in Bau befindlich, ehe Fukushima alles ändern sollte.

Die immer höhere Sicherheit neuer Reaktoren wird auch von einer Studie des Forums Ökologisch-Soziale-Marktwirtschaft (FÖS) untermauert. Und obwohl den Auftraggebern der Studie, Greenpeace Energie, wohl wirklich nicht vorgeworfen werden kann, für Atomkraft zu sein, kommt die Studie zu dem Schluß, daß das Risiko für einen GAU in den letzten Dekaden stark ab-

genommen habe. Mit Katastrophen im Ausmaße von Fukushima oder Tschernobyl sei nur noch alle 60 bis 150 Jahre zu rechnen, bei einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent. Und in der Tat waren die bisherigen Reaktorunglücke in Japan und der Ukraine die einzigen, welche auf der INES-Skala als Stufe sieben bewertet wurden. Und beide Male waren Anlagefehler der Grund. In Tschernobyl 1986 war es ein falsch konstruierter Reaktortyp, der erhebliche Sicherheitsmängel aufwies, und 2011 in Fukushima-Daiichi wurde ein falscher Standort für das Kraftwerk ausgewählt – mit fatalen Folgen.

Auch ermittelt die FÖS-Studie die maximalen Kosten im Falle eines GAU. Diese werden mit rund 430 Milliarden Euro beziffert. Das klingt zunächst nach sehr viel Geld. Rechnet man das jedoch auf die Kilowattstunde herunter, so halten sich die Kosten sehr in Grenzen. Auch für den pessimistischsten Schwarzseher ergebe sich folgendes Bild: Zwischen den beiden genannten Reaktorunglücken liegen 25 Jahre.

Nimmt man dies als Richtwert für die maximale Häufigkeit nuklearer Katastrophen, kommt man letztlich auf stolze 0,69 Cent pro kWh, welche für das entstandene Risiko zusätzlich bezahlt werden müßten. Legt man den Berechnungen hingegen die erwähnten 60 bis 150 Jahre zugrunde, so wären es nur 0,12 bis 0,29 ct./kWh.

Dabei ist jedoch nicht eingerechnet, dass die neuen Reaktortypen der Generation III+, sowie



Reaktoren einer zukünftigen Generation IV, radioaktive Folgen außerhalb des Reaktors immer unwahrscheinlicher machen. Atomkraft ist also für den Verbraucher auch dann günstiger als die angepriesenen erneuerbaren Energieformen, wenn man eventuelle nukleare Katastrophen in den Strompreis einbezieht.

Die Frage ist, warum Menschen dann nach wie vor so viel Angst vor der Atomkraft haben. Psychologische Untersuchungen seit den 1970ern zeigten, Menschen würden oft die Gefahr von Atombomben, wo der Austritt großer Mengen an Radioaktivität und eine Verstrahlung der Umwelt forciert wird, auf Atomkraftwerke übertragen, in welchen alles dafür getan wird, den Austritt von Radioaktivität zu minimieren. Unterstützt wird dies natürlich durch die teils tendenziösen Berichterstattungen zu und nach besagten Reaktorunglücken.

Nun ist Atomkraft nicht nur günstig, sondern auch umweltfreundlich. So entfallen hier jegliche Emissionen von Kohlenstoffdioxid aber auch von

Greta Thunberg liebäugelte zumindest kurz mit Atomkraft. Bild: Anders Hellberg, CC BY-SA 4.0



Schwefelwasserstoffen und ähnlichen Verbindungen. Aus den Kühltürmen steigt nur Wasserdampf auf. Für die Tier- und Pflanzenwelt sind Atomkraftwerke damit vergleichsweise harmlos, wie ein Vergleich mit den neuen Hoffnungsträgern deutscher Energiepolitik zeigt. So benötigen Solarparks mehr als 100-mal so viel Fläche für die gleiche Kraftwerksleistung. Ebenso erzeugen sie einen ungleich größeren Berg an Abfall.

Windparks stellen derweil tödliche Fallen für jährlich hunderttausende Zugvögel und Fledermäuse dar. Auch mehr als 1.200 Tonnen Fluginsekten werden jährlich von den Rotorblättern geschreddert. Franz Trieb zufolge, Experte für Energiesystemanalyse des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrttechnik, handle »es sich um eine Größenordnung, die durchaus relevant für die Stabilität der gesamten Population sein könnte«.

Frankreich und Schweden haben beispielsweise seit den Siebzigern des vergangenen Jahrhunderts massiv von Kohle- und Ölkraftwerken auf Atomenergie umgerüstet. Die Folge sind bessere Wasser- und Luftqualität. Seit Frankreich jedoch im letzten Jahrzehnt angefangen hat, Deutschland in Bezug auf die »Erneuerbaren« nachzueifern und über 30 Milliarden US-Dollar in den Ausbau selbiger zu investieren, sind die Strompreise gestiegen, ebenso wie die Menge an emittiertem Kohlenstoffdioxid.

Und auch wenn ein gewisses Restrisiko immer bleiben wird, ist zumindest der Gedanke tröstlich, daß es statistisch gesehen weitaus gefährlicher für Leib und Leben ist, in der Einflugschneise oder direkt an einem Flughafen zu wohnen als an einem Atomkraftwerk.

Wieso also wurde und wird der Atomenergie hierzulande der Krieg erklärt? Einen Erklärungsversuch bietet der US-Ökomodernist Michael Schellenberger: Er sagt, das hänge mit der Eigenschaft der industriell genutzten Atomenergie zusammen. So sei Atomenergie eine hochintensive Energieform. Wer diese zur Stromerzeugung nutze, könne in einer kapitalistischen Industriegesellschaft leben und gleichzeitig die Natur schützen. Das bedeutet aber auch den Wegfall des Umweltschutzes als politisch-moralisches Druckmittel.

Katastrophen nur noch alle 60 bis 150 Jahre mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent

Das wiederum wäre ein herber Schlag für weite Teile des politischen Establishments, die ihre Strategie maßgeblich auf den vermeintlichen Schutz der Umwelt aufbauen. Man denke nur an die hysterisch geführte Diskussion um den Klimaschutz, der als Hebel zahlreicher Umwälzungen dient. Diesen zu verlieren, würde für viele Organisationen das Ende bedeuten. »Das Problem mit der Kernenergie ist, dass sie ohne die radikale Gesellschaftstransformation auskommt, die die Erneuerbaren Energien fordern. Kernenergie kommt auch ohne die grandiosen Fantasien einer Menschheit aus, die eins ist mit der Natur«, erklärt Schellenberger.

Betrachtet man die Chancen der Atomenergie, so wäre es überfällig, endlich eine rationale Diskussion darüber zu führen. Wollen wir uns nicht zusehends ins Abseits schieben, indem wir für den Traum von »grüner Energie« die Umwelt zerstören und Deutschland als Wirtschaftsstandort aufgrund unzureichender Stromversorgung und überteuerten Strompreisen ruinieren, so heißt der Ausweg womöglich Atomkraft.

Jedoch birgt auch diese Technologie Risiken. Nicht nur die Reaktorunglücke in Tschernobyl und Fukushima beunruhigen die Menschen. Sie haben auch vor atomarer Verstrahlung oder Belastung Angst. Ebenso ist die Frage nach der Endlagerung nach wie vor nicht geklärt und teils heftig umstritten. Man erinnere sich nur an die massiven Proteste bei Castor-Transporten.

In Deutschland ist man über das Jahr einer Dosis von rund zwei Millisievert (mSv) ausgesetzt. Sv ist die Einheit, die die biologische Wirkung radioaktiver Strahlung auf Organismen beschreibt. Diese »Grundbelastung« ist nicht überall gleich. So sind es in Finnland beispielsweise 7 mSv im Jahr, in Japan hingegen nur 1,5 mSv. Beeinflusst wird diese Umweltstrahlung vor allem durch die Bodenbeschaffenheit und dadurch auch die

Lebensmittel und das Trinkwasser. Nun gibt es in Deutschland einen Grenzwert, der sich auf zusätzlich ein mSv beläuft. Diese zusätzliche Belastung wird als unbedenklich betrachtet. Wird man über ein Jahr also hierzulande mehr als 3 mSv Strahlung ausgesetzt, so gilt das als zu viel für unsere zarte Gesundheit. Jedoch kann bereits an dieser Stelle erheblicher Zweifel an besagtem »Grenzwert« geäußert werden. Denn so müsste auch ein Auslandssemester in Finnland als erhebliches Gesundheitsrisiko eingestuft werden.

Eine andere Strahlendosis ist hier viel interessanter. So gelten 100 mSv/Jahr als biologischer Grenzwert, wie Professor Michael Atkinson vom Institut für Strahlenbiologie am Helmholtz-Zentrum München erklärt: »Wenn man 100 Menschen mit 100 mSv belastet, sterben statistisch gesehen 31 von ihnen an Krebs. Wenn man 100 Menschen nicht mit 100 mSv belastet, sterben statistisch gesehen 30 Menschen an Krebs.«

So wurden bei diesem biologischen Grenzwert niemals zusätzliche Krebserkrankungen bekannt. Warum dann nicht dieser Grenzwert im Alltag gilt, ist nicht ersichtlich. In der Umgebung eines Atomkraftwerkes ist die Jahresgesamtdosis übrigens wirklich höher: rund 0,3 mSv.

Anders sieht es bei hohen Kurzzeitdosen aus. So gilt hier der Grundsatz: Je größer der Zeitraum, in welchem man sich einer bestimmten Menge Radioaktivität aussetzt, ist entscheidend. Es macht einen großen Unterschied, ob man 100 mSv in einem Jahr oder einer Stunde ausgesetzt wird. Bei langen Zeiträumen, hat der Körper die Chance entgegenzuwirken. Beispielsweise durch die vermehrte Produktion von Antioxidantien oder einem programmierten Zelltod. Im Übrigen sind rund 10.000 DNA-Brüche pro Tag zu verzeichnen, die zu Mutationen führen können. Bei unter 100 mSv/Jahr sind es lediglich einige wenige Brüche mehr pro Tag.

Richtig gefährlich wird es ab einer Dosis von 1.000 mSv in kurzer Zeit. Hier steigt die Krebsrate um rund 50 Prozent. Ab 2.500 mSv drohen neben Krebs auch Neuronen- und Knochenschäden. Ab einer Dosis von 5.000 mSv ist die übliche Folge der Tod, zumindest ab 10.000 mSv ist es unter Garantie tödlich. Zum Vergleich: Eine Untersuchung mit Hilfe von Computertomografie geht mit der Belastung von 10 bis 100 mSv einher. In Fukushima wurden während der Katastrophe Spitzenwerte von 57 mSv/h gemessen – am 18. April im Erdgeschoß von Reaktorgebäude 3.

Es gibt aber auch Hinweise darauf, daß eine leicht erhöhte Strahlendosis auf Dauer die Abwehr des Körpers gegen höhere Strahlendosen stärken könnte. So war nach den Atombombenabwürfen in Japan 1945 unter den Personengruppen, die hohen Strahlendosen ausgesetzt waren, die Krebsrate deutlich erhöht. Bei denjenigen, die jedoch nur mit maximal 100 mSv/Jahr belastet wurden, sank die Krebsrate sogar ein wenig. Auch wurden in Taiwan rund 8.000 Menschen über Jahre hinweg mit mehr als 100 mSv/Jahr verstrahlt. Der Grund war der in den Neubauten enthaltene radioaktive Stahl.

Nach herkömmlicher Theorie – der sogenannten LNT-Theorie, nach der das Krebsrisiko proportional zur Strahlungsdosis steige – müßte bei besagter Personengruppe das Krebsrisiko um 30 Prozent höher gewesen sein. Jedoch sank die Krebsrate sogar. Auch eine Studie mit über 400.000 beruflich strahlenexponierten Personen

aus 15 Ländern konnte keine erhöhten Krebsraten nachweisen.

Nun zum zweiten Punkt: der Atommüll. Allein in Deutschland fallen jährlich mehrere hundert Tonnen Atommüll an, die irgendwo endgelagert werden müßten – und zwar für mindestens 300.000 Jahre. Das ist ein nicht kalkulierbares Problem. Denn wer kann schon Planungssicherheit für einen so langen Zeitraum garantieren. Derzeit wird eine tiefe Versenkung im Erdboden angestrebt, Stichwort Gorleben.

Jedoch gibt es eine weitere Möglichkeit: So könnte man den Atommüll einfach wiederverwerten. Der Fachmann spricht vom »Schließen des Brennstoffkreislaufs«. Eine interessante Möglichkeit hat hierfür Rußland gefunden in Form eines neuen Reaktortyps, dem BN-800. Dieser wurde in einem Block im AKW Beloyarsk gebaut und ist mit einer Leistung von 800 MW seit 2016 am Netz im kommerziellen Leistungsbetrieb. Vom amerikanischen Kraftwerkstechnikfachmagazin *POWER Magazine* wurde der Reaktortyp als »Top Plant« ausgezeichnet.

Hierbei handelt es sich um einen sogenannten »schnellen Reaktor«. Im Unterschied zu herkömmlichen Leichtwasserreaktoren »verbrennt« dieser nicht nur Uran, sondern auch Plutonium und andere Transurane, also jene Stoffe, die bisher als Atommüll deklariert sind, weil sie in herkömmlichen Kraftwerken nicht weiter gespalten werden können. In diesem Abfall steckt jedoch noch 96 Prozent der Energie. Diese könnten ge-



nutzt werden und nicht nur die bisherigen vier Prozent.

Der BN-800 wird nicht mit Wasser gekühlt, sondern mit flüssigem Natrium. Dadurch gibt es hier kein Medium, das die frei werdenden Neutronen abbremst. So kann der Reaktor mit höheren Temperaturen arbeiten. Nämlich 490 Grad Celsius im Gegensatz zu den herkömmlichen 280 Grad Celsius. Das ermöglicht wiederum den Betrieb effektiverer Heißdampfturbinen. Damit würde sich die thermodynamische Nettoeffizienz von 30 auf 40 Prozent erhöhen. Dabei werden die Reaktoren keinesfalls unter höherem Druck betrieben, da Natrium bei Normaldruck erst bei ca. 900 Grad Celsius siedet.

Auch kann der BN-800 aus Uran-238 Plutonium erbrüten. Das ist insofern ein Vorteil, als Uran in der Natur fast ausschließlich als U-238 vorkommt, nämlich zu 99,3 Prozent. In den herkömmlichen Leichtwasserreaktoren wird jedoch U-235 benötigt, was durch Anreicherung aus »Natururan« gewonnen wird. Durch das direkte Erbrüten von Plutonium als Brennstoff aus U-238 könnte selbige bis zu 60-mal effizienter genutzt werden als bisher. Dies würde die Reichweite der Uranvorkommen um den Faktor 60 verlängern. Und an dieser Stelle ist noch gar nicht von Thorium gesprochen worden, was in den schnellen Reaktoren ebenfalls verwendet werden kann.

Im Optimalfall wird hier also der ganze langstrahlende Atommüll verwertet (Halbwertszeit Plutonium: ca. 24.000 Jahre), was die lange Endlagerung hinfällig machen würde. So könnte in Deutschland die Endlagerung von derzeit 300.000 Jahren auf lediglich 300 Jahre um den Faktor Tausend verkürzt werden.

Durch die Verwertung des bisher angehäuften »Atommülls« wäre Deutschland auch für mehrere Jahrzehnte, gar Jahrhunderte auf keine Uranimporte mehr angewiesen. Leider ist aus politischen Gründen das Recycling des Atommülls hierzulande nicht gestattet. Andere Länder wie China und Indien planen dagegen den Bau von ähnlichen Reaktoren. In Deutschland gibt es lediglich in der Forschung Fortschritte. So hat ein Team von deutschen und internationalen Physikern einen neuen Reaktor der Generation IV konzipiert – den Dual-Fluid-Reaktor –, der das

Endlagerungsproblem lösen könnte und dabei das Risiko einer Kernschmelze ausschließen soll. Im Falle einer partiellen Kernschmelze fließt in diesem Reaktor das flüssige Material aufgrund der Schwerkraft in dazu vorgesehene Tanks, die den hohen Temperaturen problemlos standhalten können. Dadurch wird eine Kettenreaktion, die in der Vergangenheit für Katastrophen sorgte, unmöglich.

Auch bedarf es keiner großen Flächen wie bei Wind- und Solaranlagen. Mienen wären ebenso überflüssig. Denn der Brennstoff – Atommüll und abgereichertes Uran – ist schon für Jahrhunderte der Energieversorgung vorhanden. In Rußland wird dieses Jahr zumindest über den Bau des Nachfolgers, des BN-1200, entschieden, der als Reaktortyp der Generation IV eine 50 Prozent höhere Leistung haben soll bei gesteigerter Sicherheit.

Schlußendlich gilt aber auch hier: Ein gewisses Restrisiko bleibt. Das ist aber im Falle der Atomkraft kein Sonderfall. Ein Restrisiko besteht bei jeder Technologie, vor allem bei jenen, welche unsere moderne Welt zusammenhalten. Jede Chemiefabrik ist trotz Sicherheitsprotokollen immer ein Umweltrisiko. Jede Auto- oder Zugfahrt birgt das Risiko eines Unfalls. Bergbau birgt Risiken für Mensch und Natur, ebenso die moderne Landwirtschaft. Und zumindest im Vergleich mit anderen Kraftwerkstypen wie Kohle, Öl oder Windenergie ist Atomkraft – statistisch gesehen – vergleichsweise harmlos.

Die Frage ist auch nicht, ob 100-prozentige Sicherheit garantiert werden kann, denn das kann sie niemals. Vielmehr müssen wir uns fragen, was uns die Errungenschaften moderner Zivilisation wert sind. Alles hat seinen Preis. Natürlich könnten wir auf all das verzichten. Die Konsequenz wäre die Rückkehr in ein vorindustrielles Zeitalter. Der Traum von einer Gesellschaft ohne Schattenseiten und Risiken bei Beibehaltung aller positiven Seiten ist ein Utopia: die Schaffung des Paradieses auf Erden.

SCHUMPETER UND DIE SCHÖPFERISCHE ZERSTÖRUNG

von Florian Müller

»Zombies« – »Zombieunternehmen« oder die »Zombifizierung der Wirtschaft«. Welch seltsame Begriffe. Im alternativen Spektrum und bei den Ökonomen, die keine fütternde Hand haben, die sie nicht beißen dürfen, taucht er immer häufiger auf (z.B. **Recherche D**, Heft 2, Interview mit Markus Krall).

Doch sogar im institutionellen Mainstream spricht man inzwischen von Zombieunternehmen. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich aus Basel traute sich. Wer entwickelte diesen apokalyptischen Begriff? Weder die Europäische Zentralbank (EZB) mit ihrer verantwortungslosen Inflationspolitik, noch Merkelianer oder Börsianer, und auch nicht Friedrich August von Hayek, der berühmteste Vertreter der Österreichischen Schule.

Um die heutige Zombifizierung der Wirtschaft zu verstehen, muß man ins kaiserliche Österreich reisen und lernen, Joseph Alois Schumpeter zu verstehen. Schumpeter wurde 1883 in Mähren als Sohn eines Kaufmannes geboren. Sein Vater verstarb früh und Schumpeter wurde vom neuen Mann seiner Mutter, einem Feldmarschallleutnant, in Graz und später in Wien großgezogen. Er besuchte die Eliteschule »Theresianum« in Wien. Nach sehr gutem Schulabschluß schrieb sich Schumpeter an der Wiener Universität ein und studierte Ökonomie im damals geistigen Zentrum Europas.

1906, gerade einmal fünf Jahre nach seinem Antritt, war der Überflieger bereits Doktor der Rechte. Jurist? Damals war Ökonomie kein eigenes Studienfach und man mußte es mit den Rechtswissenschaften verknüpfen. Schumpeter kletterte die Karriereleiter hinauf und arbeitete bereits 1907 als Rechtsreferendar in Kairo. Gleichzeitig verfaßte er sein erstes Werk *Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie*. 1908 folgte die Habilitation. Im Alter von 26 Jahren wurde Schumpeter als Professor an die Universität Czernowitz berufen, dem Außenposten der K.-u.-K-Monarchie, gleichzeitig befruchtendes Vielvölkergemisch für bukowinische Feldstudien ohne gesellschaftliche Ablenkungen, wie in Wien oder Graz.

Dort verfaßte Schumpeter sein zweites Werk, die *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, womit er grundsätzlich mit den Annahmen der neoklassischen Schule brach. Schumpeter hatte in Wien den sogenannten »Älteren Methodenstreit der Nationalökonomie« miterlebt. Zwei Schulen trafen aufeinander: Gustav von Schmoller behauptete, daß es keine menschlichen Verhaltensgesetze gebe, weshalb die Gesellschaft – oder der Markt – als Ganzes betrachtet werden müsse. Von diesen Beobachtungen – er verneinte wissenschaftliche Gesetze – leitete man eine wissenschaftliche Theorie ab.

Sein Gegner war Carl Menger, der vom Individuum und seinen Handlungsnormen auf die Ge-

samtheit schloß. Laut Menger gebe es sehr wohl Gesetzmäßigkeiten im Verhalten der Individuen, diese seien aber komplex und in Abhängigkeit von sozialen und kulturellen Kontexten. Damit wurde der Grundstein für die Österreichische Schule der Nationalökonomie gelegt, deren bekannteste Vertreter Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek sind.

Schumpeter bezog mit seiner 1911 erschienenen Schrift verspätet Stellung im Methodenkrieg und setzte sich genau zwischen die verhärteten Fronten. Er richtete sich gegen die »subjektivistische« Denkart Mengers, die in den Augen Schumpeters die Ökonomie zu sehr verwässerte, da sie keine klaren Gleichungen und Aussagen treffe. Gleichzeitig unterstützte er aber die theoretische Herangehensweise der Wiener, den »methodologischen Individualismus« – eine Betrachtung des Individuums sei unverzichtbar.

Schumpeter geht davon aus, daß Innovation, Wachstum und Wirtschaft nicht anhand rigider Produktionsfaktoren festgestellt werden können, wie damals angenommen wurde, sondern die Kombination verschiedener, neuer Produktionsfaktoren entscheidend sei. Wachstum entsteht eben nicht, nur weil eine Firma mehr produziert, sondern weil dutzende andere Bedingungen sich verschieben. Diese neuen Kombinationen, beispielsweise technischer Fortschritt, Verdrängung eines Monopolisten, Entstehung eines neuen Gutes, sorgt für die Verdrängung alter Produktionsverhältnisse. Ein wichtiger Schritt zu Schumpeters »schöpferischer Zerstörung«, die er erst 1942 spezifisch ausformulierte.

Die negative Einstellung zu strukturellem Wirtschaftswandel und Unternehmenspleiten war bis in die 1930er Jahre der Normalfall. Und auch heute noch wird im ökonomischen Mainstream und in den Medien beispielsweise eine

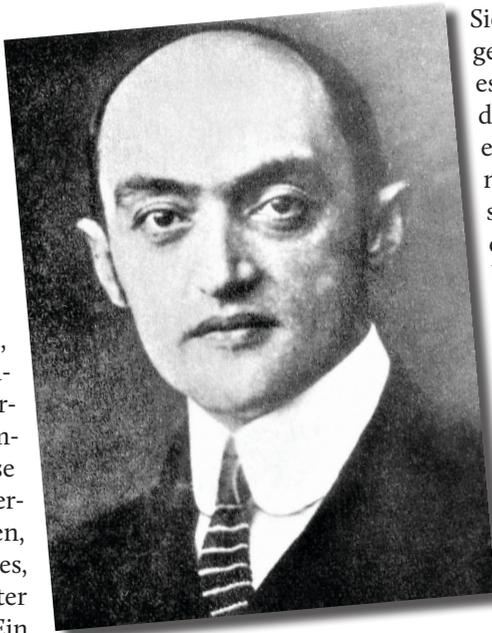
Unternehmenspleite als tragisch angesehen. Mit allen Kräften wird versucht, das Unternehmen am Leben zu erhalten und die Mitarbeiter nicht zu entlassen. Diese Ansicht ist nicht nur ein Ergebnis linken Zeitgeistes, sondern auch interventionistischer Staatssteuerungspolitik. »Man unterdrückt den Irrtum«, wie der Ökonom Markus Krall betont.

Ein Grund dafür ist die Angst der Menschen vor der Ungewißheit: Geht es einem Unternehmen schlecht, »muß man was machen«. Aber betrachten Sie die Situation einmal aus einem anderen Blickwinkel: Ergibt es Sinn, wenn hunderte Mitarbeiter, Ingenieure, Entwickler aktuell bei »Telefunken« an der Herstellung von Röhrenfernsehern arbeiten? Oder Transistorradios zusammenlöten?

Sollte jetzt der letzte Wirtschaftsromantiker diese Frage mit »Ja« beantworten, fragen Sie sich oder Ihre Vorfahren, warum Sie keine Telefunkenprodukte gekauft haben? Vielleicht gab es billigere oder bessere Produkte? Wie absurd wäre es ein nichtrentables Unternehmen zu stützen? Statt dessen steckt man sein Geld – nicht das Geld anderer Leute; auch bekannt unter dem Begriff Steuern – plakativ gesagt in eine modernere und billigere Konkurrenzfirma. Man kauft einen Flachbildschirm und signalisiert dem Produzenten, daß er etwas richtig macht. Natürlich ist ein Retro-Telefunken-Radio ein tolles Produkt, aber Sie nutzen den 40-Zoll-Panasonic deutlich häufiger.

Dieses Denken beruht auf Schumpeter und seiner revolutionären Annahme, daß betriebswirtschaftliche »Zerstörung« etwas Gutes ist.

Der Österreicher sieht die »schöpferische Zerstörung« spätestens seit seiner Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung als notwendig an, formuliert es aber erstmals 1942 in seinem Hauptwerk *Kapitalismus, Sozialismus, Demo-*



kratie aus: »Die Eröffnung neuer, fremder oder einheimischer Märkte und die organisatorische Entwicklung vom Handwerksbetrieb und der Fabrik zu solchen Konzernen wie dem *US Steel* illustrieren den gleichen Prozeß einer industriellen Mutation – wenn ich diesen biologischen Ausdruck verwenden darf –, der unaufhörlich die Wirtschaftsstruktur von innen heraus revolutioniert, unaufhörlich die alte Struktur zerstört und unaufhörlich eine neue schafft.«

Schumpeter sprach über den kapitalistischen Prozeß als »einer Geschichte von Revolutionen«, ein Begriff, der in den letzten Jahrzehnten besser zu verstehen ist, als noch in den 70ern und 80er Jahren. Durch das Internet und die Hochtechnologie haben die Revolutionen wieder Fahrt aufgenommen. Die Kritik – hauptsächlich von linker Seite – an Joseph Schumpeter zielt auf die Machtlosigkeit der Arbeiter, die Spielball zwischen Industrien und Strukturwandel seien. Umschulungen, Ausbildungen, Weiterbildungen, alle sind auf der Suche nach sicherer und guter Anstellung. Das ist auf den ersten Blick eine berechtigte Kritik. Allerdings muß man sich auch fragen: Was wäre die Alternative? Eine Festanstellung in einem Unternehmen, das keine Gewinne mehr erwirtschaftet?

Ob der Staat brachiale Strukturwandel – wie beispielsweise das Ende des Bergbaus oder der einheimischen Bauern – abfedern, also subventionieren sollte, ist unter den Ökonomen umstritten. Darum geht es bei Schumpeters »schöpferischer Zerstörung« auch nicht. Wichtig ist nur, daß ineffiziente Produktionen »sterben« und die Produktionsgüter – Maschinen, Arbeitsleistung, Material, Ideen – den Weg zu einem neuen Unternehmen oder einem neuen Zweig finden. Streng genommen ist Schumpeter damit arbeitgeberfeindlich, und kein Gegner der Lohnarbeiter, wie die Vorwürfe von links lauten.

Aber für was ist der Denker aus Mähren noch bekannt? Oder besser gesagt nicht bekannt? Schumpeter nutzte als erstes den Begriff der Kondratjew-Zyklen und setzte damit dem russischen Wirtschaftswissenschaftler Nikolai Kondratjew ein Denkmal. Schumpeter und Kondratjew gingen davon aus, daß Konjunkturzyklen zu größeren Wellen zusammengefaßt werden

können. Diese Makrozyklen werden durch den technischen Fortschritt und Großinnovationen bestimmt. Bislang gibt es jedoch keine Beweise für die These.

Schumpeter zweifelte an der Dauerhaftigkeit des Kapitalismus. Durch eine Veränderung der Unternehmensstrukturen und eine Trennung in »Unternehmer« und »Kapitalisten«, die wir heute vorfinden, stirbt die Unternehmerkultur ab. Auch durch die intellektuellen Eliten entsteht eine Kapitalismusfeindlichkeit. Damit war Schumpeter möglicherweise der erste, der eine direkte Verbindung zwischen Intellektualität und Sozialismus annahm.

Und sein berühmtester, wichtigster und sehr wahrscheinlich richtigster Gedanke ist das sogenannte Schumpeter-Theorem. Wenn Sie alles über Schumpeter vergessen, was Sie gerade gelesen haben, merken Sie sich zumindest diesen Satz: »Eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat an, als eine demokratische Regierung eine Budgetreserve.«

Stil und Auftreten Schumpeters sind in einem anderen Zitat zusammengefaßt: »Ich wollte immer der größte Ökonom der Welt, der größte Reiter Österreichs und der beste Liebhaber Wiens werden. Mit den Pferden hat es nicht so gut geklappt.« Hinter dieser selbstironischen Aussage steckt einiges an Wahrheit. Auf dem Weg zum größten Ökonom gönnte er sich keine Pause, arbeitete wie ein Besessener und gab sich in seinem Tagebuch selbst Noten zu seinen eigenen Leistungen.

Momentan kann man sagen, daß Schumpeter sein erstes Ziel nicht erreicht hat. John Maynard Keynes, Adam Smith oder Milton Friedman laufen ihm noch den Rang ab. Sollte die Zombifizierung der deutschen Wirtschaft aber weiter voranschreiten und das Bewußtsein im Mainstream dafür ankommen, wird Schumpeters Idee der »schöpferischen Zerstörung« an die Spitze katapultiert werden und ihm seinen Ziel, der beste Ökonom der Welt zu werden, vielleicht ein Stückchen näher bringen. Wer der beste war, entscheidet immer die Nachwelt.

Türcke über Plattformökonomie

Der Philosoph Christoph Türcke, der von 1995 bis 2014 in Leipzig lehrte, zählt zu den klügsten Denkern, die Deutschland gegenwärtig zu bieten hat. Insbesondere möchten wir von ihm die Bücher *Heimat. Eine Rehabilitierung* (2006) sowie *Digitale Gefolgschaft* empfehlen, das dieses Jahr bei C.H. Beck erschien.

Es gibt auch einen Verbindungsstrang zwischen beiden Büchern: In *Heimat* seziert Türcke die Bedeutung der einzelnen kollektiven Identitäten und schildert, wie die Globalisierung das Heimatgefühl und die Statik der Nationalstaaten verändert. Er stellt dabei fest: »Das internationale Geschäft lebt von einem Herd heimatlicher Emotionen, die es kanalisiert, aufbläht und ausbeutet.«

Für die großen, globalen Plattformen des Internets, die seitdem Milliarden von Menschen »angesaugt« haben, wie es Türcke ausdrückt, gilt das gleichermaßen. Sie prägen Gewohnheiten und konfigurieren damit das Zugehörigkeitsempfinden neu. »Die Nutzer entstammen Familien, Gemeinden und Staaten. Sie gehören Institutionen, Firmen, Vereinen, Religionsgemeinschaften an. Aber im Sog der Plattform treten all diese Zugehörigkeiten zurück. Hier ist jeder nur noch Nutzer.«

Für die Wirtschaft, das Bildungswesen und die Öffentlichkeit hat dies gravierende Folgen, weil die Plattformen alle Subsysteme unserer Gesellschaft informalisieren. Das Gastgewerbe werde z.B. bedroht von losen Netzwerken wie Airbnb, die darauf setzen, daß jeder Nutzer Teilzeitvermieter

werden kann. Doch dabei bleibe es nicht: Letztendlich stehe sogar die Schule als Institution zur Disposition. Ist die »flächendeckende Versorgung der Schulen mit Computern« erst einmal abgeschlossen, dürften die nächsten Schritte der Virtualisierung folgen, befürchtet Türcke. »Wenn Postfilialen in Supermärkten Platz finden, warum soll es dann nicht Schulfilialen in Firmen- und Verwaltungsgebäuden geben: Räume und Nischen, wo pädagogisches Hilfspersonal Aufsicht führt, Lernbegleiter zu gezielter individueller Beratung stundenweise hinzukommen und die Verköstigung durch die Werkskantine mitübernommen wird?«

Am weitesten fortgeschritten ist diese Informalisierung zweifelsohne in der Medienbranche. Das Fernsehen und die etablierte Presse haben ihr Meinungsmonopol verloren. Die »Prosumenten« der sozialen Netzwerke geben inzwischen den Takt vor. Doch wer bezahlt sie? Abgesehen von einigen Instagram- und Youtube-Stars geht die

Masse leer aus, obwohl sie täglich Nachrichten, Bilder und Videos produziert als auch weiterverbreitet. Türcke zufolge ist dies kein Übergangsphänomen. Vielmehr entstehe aus dem Kreis der Nutzer, die sich in die Abhängigkeit einer Plattform begeben haben, ein neues Prekariat.

Der Grund dafür: Es gelinge nicht, aus einem Empörungsschwarm »dauerhafte soziale Gebilde mit verbindlichen Zuständigkeiten« zu generieren. »Die Gegenöffentlichkeit, die hier Zuflucht findet, droht auszubrennen, statt Wurzeln zu schlagen.«





SIEBEN THESEN FÜR EINE KONSERVATIV- ÖKOLOGISCHE WENDE

Heimatschutz bedeutet auch Umweltschutz. Das wußten große konservative Denker, beispielsweise aus der Lebensreformbewegung, lange bevor es die Grünen gab. Kritik an der modernen Technik, Fortschritts- und Wachstumshybris, die die Natur zerstört, ist Kernstück konservativen Denkens seit 200 Jahren. Die Wurzeln der Ökologie liegen rechts.

Die patriotische Opposition muß sich daher beim Thema Umweltpolitik nicht verstecken. Im Gegenteil: Die Abkehr von Fortschrittsideologien und der Kampf gegen Überbevölkerung ermöglichen eine tiefgreifende Regeneration der Natur – und des Menschen. Anders als kontraproduktive grüne Fahrverbotszonen oder landschaftszerstörende Windräder geht eine konservative Ökologie an die Ursachen der Krise.

Recherche D wird im November (Heft 7) einen Schwerpunkt zum Komplex »Ökonomie & Ökologie« setzen. Vorab stellen wir sieben Thesen für eine konservativ-ökologische Wende zur Diskussion:

1. »Die Überbevölkerung ist die Mutter aller Umweltprobleme.« – Die Weltbevölkerung steuert im 22. Jahrhundert auf zwölf Milliarden Menschen zu. Gegen den gigantischen Anstieg der

Energienachfrage sind daher die erneuerbaren Energien nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Hunderte Millionen neuer Fleischesser, Hygieneartikelnutzer, Autofahrer und Smartphonebesitzer wird das Ökosystem kaum verkraften können. Die Weltbevölkerung muß folglich auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert werden – andernfalls droht ein irreversibler Öko-Kollaps.

2. »Atomenergie mit innovativer Endlagerung ist eine Zukunftsoption.« – Atomkraftwerke emittieren keine Schadstoffe. Sie liefern unabhängig von Wind und Wetter saubere Energie – eine Grundbedingung für jeden IT- und Industriestandort. Auch die Endlagerung von radioaktiven Stoffen macht Fortschritte. Zahlreiche Länder forschen an der sogenannten Transmutationstechnik, die die radioaktive Halbwertszeit von Abfällen signifikant verkürzt. Deutschland sollte diese neuen Potentiale ausmessen, satt vorzeitig das Handtuch zu werfen.

3. »Wir müssen das Wachstumsparadigma hinter uns lassen.« – Die Einrichtung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat unter der Prämisse des unendlichen Wachstums ist ein schwerwiegender Konstruktionsfehler. Das permanente Wettren-

nen mit uns selbst ist ein Irrweg. Die Ressourcen und die Regenerationskapazitäten der Erde sind begrenzt: Wir leben über unsere Verhältnisse. Das ist nichts Neues, muß aber endlich ins Bewußtsein gelangen. Entschleunigung, Mäßigung und Konsolidierung stehen für einen konservativen Mentalitätswandel.

4. »Die Billigkonsum- und Überflußgesellschaft ist nicht zukunftsfähig.« – Aufreißen, Ausschlüpfen, Wegwerfen; und die Amazon-Bestellung geht wieder retour: Wir leben im Überfluß. Deutsche produzieren mittlerweile über 240 Kilogramm Müll pro Jahr. Absurde Konsummöglichkeiten machen nicht glücklich, sondern heben nur den Sockel der Erwartungen – und der Abhängigkeiten. In den Ozeanen kreisen die Müllstrudel und im Inneren des Menschen die Leere, nachdem sich der Rausch des Konsums verflüchtigt hat. Für den Konservativen ist der Mensch stets mehr als nur ein »Verbraucher«: Das billige Lüstchen verfängt nicht, wo der Lebensantrieb aus immateriellen Quellen schöpft.

5. »Wir brauchen eine Stärkung regionaler Wirtschaftsstrukturen.« – Um ein paar Cent zu sparen, werden Kartoffeln aus Spanien oder Milch aus Lettland angekartt. Das ist nicht nur überflüssig, denn unsere heimische Wirtschaft produziert diese Waren, sondern vor allem umweltschädlich. Regionalwährungen, wie z.B. der »Chiemgauer« in den Bayrischen Landkreisen Rosenheim und Traunstein, können regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Der Kauf regionaler Produkte ist ein patriotischer Akt.

6. »Weniger Mobilität schützt die Umwelt.« – Globalisten fordern häufig mehr Mobilität für noch mehr Menschen. Aber das ist ökonomisch unsinnig und ökologisch verhängnisvoll. Im Zeitalter der Digitalisierung kommt es auf »kurze Wege« an. Lange Pendelstrecken sind ineffizient, kosten Zeit, Geld und Energie. Die permanente Flexibilisierung und Mobilisierung von Menschen geht vor allem zu Lasten der Umwelt. Etwa 40 Millionen Passagierflüge umschwirren jährlich den Erdball – Tendenz steigend. Schon für 19 Euro geht es an die türkische Riviera. Hier braucht es eine Kehrtwende. Denn: Läßt sich der Ort wie eine Postkartenkulisse beliebig wechseln, geht das Verantwortungsgefühl verloren. Niemand ist mehr verpflichtet, weil alle immer ausweichen können. Totale Mobilität schadet daher nicht nur der Umwelt. Die Entortung und der Verlust der Heimat schaden letztlich dem Menschen.

7. »Sichere Grenzen sind die beste Umweltpolitik.« – Laut der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung wächst Afrika wöchentlich um 1,2 Millionen Menschen. Was die Bundesrepublik seit Herbst 2015 an Migranten aufgenommen hat, ist dort innerhalb von zehn Tagen nachgeboren. Solange Afrika seinen Menschenüberschuß nach außen ableiten kann, ist ein Ende der Bevölkerungsexplosion nicht zu erwarten. Versiegen die Migrationsrouten – insbesondere nach Europa – werden die afrikanischen Staaten über kurz oder lang zur Anpassung gezwungen. Zudem würde die weitere Auffüllung von ohnehin dicht besiedelten europäischen Gebieten gestoppt, in denen der »ökologische Fußabdruck« (Rolf Peter Sieferle) eines Menschen ungleich höher ist als in Afrika.

»Indem die zivilisierte Menschheit die lebende Natur (...) in blinder und vandalischer Weise verwüstet, bedroht sie sich mit ökologischem Ruin. Wenn sie diesen erst einmal ökonomisch zu fühlen bekommt, wird sie ihre Fehler vielleicht erkennen ...« Konrad Lorenz: Die acht Todsünden, 1973

LITERATUR

Paul Collier: *Sozialer Kapitalismus! Mein Manifest gegen den Zerfall unserer Gesellschaft*. München 2019.

Alexander Dill: *Die Welt neu bewerten. Warum arme Länder arm bleiben und wie wir das ändern können*. München 2017.

Alisa Kaps / Ann-Kathrin Schewe / Reiner Klingholz (Berlin Institut): *Afrikas demografische Vorreiter. Wie sinkende Kinderzahlen Entwicklung beschleunigen*. Berlin 2019.

Konrad Lorenz: *Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit*. München 2003.

Carl Schmitt: *Die Tyrannei der Werte*. Berlin 2011.

Joseph Schumpeter: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Stuttgart 2018.

Joseph Schumpeter: *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmengewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus*. Berlin 2006.

Rolf Peter Sieferle: *Finis Germania*. Berlin 2019.

Eberhard Straub: *Zur Tyrannei der Werte*. Dresden 2019.

Christoph Türcke: *Digitale Gefolgschaft. Auf dem Weg in eine neue Stammesgesellschaft*. München 2019.

Christoph Türcke: *Heimat. Eine Rehabilitierung*. Springe 2006.

FAQ

Wer steckt hinter Recherche Dresden? Zunächst einmal der gemeinnützige *Verein Journalismus und Wissenschaft*. Er gibt unseren Infobrief **Recherche D** heraus und sorgt für die finanzielle Grundausstattung unserer Denkfabrik, die auf Spenden angewiesen ist.

Hauptverantwortlicher der **Recherche Dresden** ist der freie Publizist und Berater Felix Menzel. Er studierte von 2005 bis 2010 Medien- und Kommunikationswissenschaften, Politik und BWL (Vertiefung: Marketing und Handel).

Was leistet die Denkfabrik für Wirtschaftskultur? In aller Kürze: Wir geben Denkanstöße für die wirtschaftliche Weiterentwicklung Deutschlands. Warum sehen wir uns dafür berufen? Weil unsere Wirtschaftskultur in unerträglicher Weise mißachtet wird.

Die politischen und medialen Eliten unseres Landes glauben, wir müßten uns alle nach einem globalen Einheitsmodell richten. Das halten wir für falsch. Deutschland fährt mit der im Kaiserreich etablierten diversifizierten Qualitätsproduktion sehr gut.

Das bedeutet aber: Wir brauchen eine harte Währung, hochqualifizierte Arbeiter und Ingenieure sowie einen starken Mittelstand. Wir haben leider den Eindruck, daß die etablierten Parteien dies mit dem Euro, der Masseneinwanderung, einer unnötigen Aufblähung des anonymen Sozialstaates und der Begünstigung von entorteten Großunternehmen gefährden.

Deshalb werden wir uns publizistisch, politisch und in beratender Funktion für die Bewahrung des historisch Gewachsenen und die Erarbeitung von theoretischen und praktischen Alternativen zum Globalismus einsetzen.

Warum noch ein Institut? Es gibt liberale und libertäre, sozialistische und sozialdemokratische sowie grüne und ökototalitäre Denkfabriken, die sich vorrangig mit ökonomischen Fragestellungen aus ihrem Blickwinkel beschäftigen.

Eine patriotisch-konservative Denkfabrik, die das Thema Wirtschaft beackert, fehlt allerdings noch. Diese Lücke wollen wir füllen.

Impressum

Herausgeber/Verantwortlicher i.S.d.P.:

Verein Journalismus und Wissenschaft Chemnitz e.V. (gemeinnützig)

Vorsitzender Felix Menzel

Frankenberger Str. 136

09131 Chemnitz

Recherche Dresden

Denkfabrik für Wirtschaftskultur

Büro Meißen: c/o Felix Menzel

Postfach 10 01 35, 01651 Meißen

Telefon: 03521 / 7545735

Kontakt: info@recherche-dresden.de

Netzseite: www.recherche-dresden.de

Spendenkonto

Verein Journalismus und Wissenschaft Chemnitz e.V. (falls notwendig abkürzen, z.B. mit VJW)

KTR: 418774903, BLZ: 86010090

Postbank Leipzig

IBAN: DE79860100900418774903

BIC: PBNKDEFF

Förderverein

Möchten Sie Recherche Dresden unterstützen? Dann treten Sie unserem *Verein Journalismus und Wissenschaft* bei! Eine Mitgliedschaft ist bereits ab 2,50 Euro/Monat möglich. Mehr Informationen auf www.recherche-dresden.de.

Infobrief Recherche D abonnieren: Für 26 Euro pro Jahr kann dieses Magazin abonniert werden. **Recherche D** erscheint einmal im Quartal, und zwar im Mai, August, November und Februar.

Mitarbeit: Gern können Beiträge für unseren nächsten Infobrief eingereicht werden. Kurzbeiträge sollten idealerweise ca. 5.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen. Darüber hinaus sind ausführliche Beiträge mit 10.000 Zeichen möglich.

Themenabsprache und Kontakt zur Redaktion: info@recherche-dresden.de.

Titel: Jahrhundertschritt (Wolfgang Mattheuer)
Rückseite: StunningArt / Shutterstock.com



**Wer vergißt, wer er ist,
verliert seinen Verstand.**

